

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 214 SONNTAG, 18. Juli 1937

Aus dem Inhalt:
Die Vorbereitung des
Raubkrieges
Spaniens langer Kampf
Motorisierter Krieg ohne Öl
Dramatiker gegen Diktator

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Spanien - die Freiheitsfront Europas

Zum Jahrestag des spanischen Bürgerkrieges

Genosse Erich Ollenhauer ist soeben von einer Reise nach Spanien zurückgekehrt. Er berichtet im folgenden über die Lage Spaniens:

Vor einem Jahr, am 17. und 18. Juli 1936, brach der Aufstand der spanischen Rebellen gegen die Volksfrontregierung Spaniens los. Militärkaste, Großgrundbesitz und große Teile des Klerus wollten mit Gewalt den Willen des Volkes korrigieren, das unter der Führung der Volksfront ein demokratisches und soziales Spanien aufbauen und damit endgültig die ökonomische, politische und kulturelle Vorherrschaft einer kleinen Oberschicht brechen wollte. Das spanische Volk setzte sich gegen die Rebellen zur Wehr. Ohne Waffen, ohne Offiziere, ohne zentrale Kriegsführung ging es in den Kampf, entschlossen, seine Freiheit bis zum Letzten zu verteidigen.

Ein volles Jahr währt nun schon dieser Kampf. Viele tausend Kilometer Front durchziehen das Land. Hunderttausende haben in diesem Jahre den Tod gefunden, an der Front oder im Hinterland als unschuldige Opfer erbarmungsloser Bombardements. Zahllose Familien, Frauen, Kinder und Greise, sind flüchtig vor den Schrecken des Krieges. Millionenwerte wurden zerstört und noch immer zeichnet jede Stunde neue Striche in das grauenvolle Bild dieses tragischen Geschehens.

Längst wehte über dem ganzen Land wieder das Banner einer freien Demokratie, wenn die Rebellen nicht die Unterstützung des internationalen Faschismus, der italienischen und der deutschen Diktatur gefunden hätten. Deutsche Flugzeuge, deutsche schwere Artillerie, deutsche Tanks und große italienische Truppenformationen haben die dünnen Reihen der Rebellen verstärkt und befestigt, haben wiederholt mit dem Uebergewicht des Materials die Linien der Regierungstruppen zurückzudrängen vermocht. So ist Spanien heute der Brennpunkt des großen Ringens zwischen Demokratie, Freiheit und Zivilisation auf der einen und der Barbarei und der brutalen Machtpolitik des Faschismus auf der anderen Seite. Erst wenn man dieses Volk im Kampf gesehen hat, erst wenn man seinen Heroismus und seine Leidenschaft, seinen Mut und seine Siegeszuversicht unmittelbar miterlebt hat, erst dann empfindet man vom neuen die ganze Größe dieses Freiheitskampfes.

Als Mitglied einer Delegation der Sozialistischen Jugend-Internationale war ich in der Zeit vom 28. Juni bis zum 6. Juli in Spanien, in Barcelona, in Valencia, in Albacete, in Madrid. Wir sind nach Spanien gegangen, um die Verbundenheit der sozialistischen Jugend der Welt mit der kämpfenden spanischen Jugend erneut zu dokumentieren und an Ort und Stelle zu prüfen, wie wir die Hilfe für das spanische Volk noch zu steigern vermögen. Mit einem sachlichen, praktischen Auftrag fuhren wir hin, mit einem tiefen unvergeßlichen Erlebnis kehrten wir heim.

Zwei Grunderkenntnisse haben wir vor allem neu bestätigt gefunden. Die erste: die Regierung von Valencia repräsentiert das

spanische Volk. Sie spricht vor der internationalen Öffentlichkeit mit so großem Recht, wie nur eine Regierung sprechen kann, für das spanische Volk. Die zweite: das spanische Volk hätte den Kampf längst mit einem Sieg seiner Sache beendet, wenn auf der Gegenseite nur die spanischen Reaktionäre mit ihren spanischen Söldnern ständen.

Trotzdem ist das spanische Volk seines Sieges sicher. Wir haben in Valencia mit verantwortlichen Männern der Regierung wie del Vayo, in Madrid mit General Miaja gesprochen, wir haben uns auf unseren Fahrten in dürftigen Dorfschenken mit einfachen Landarbeitern unterhalten. Immer fanden wir die gleiche Stimmung: »Wir wollen siegen und wir werden siegen!« Das spanische Volk trägt eine schwere Last, aber es trägt sie mit bewundernswerter Würde und mit unbeugsamer Entschlossenheit. Wir waren in Valencia Zeuge des bisher größten Luftangriffs auf das jetzige Zentrum des Landes, und wir haben gleichermaßen die ausgezeichnete Organisation der Luftabwehr und die Ruhe und die Sicherheit der Bevölkerung bewundert.

Wir waren in Albacete, dem Standort der Internationalen Brigaden. Im Kreise von 200 Teilnehmern der Offiziersschule dieser Brigaden — Soldaten, die jetzt nach hartem Frontdienst zu Offizieren herangebildet werden — haben wir gesehen, wie hier ein Kampf für ein Ideal, ein furchtbarer und opferreicher Kampf Menschen aller Nationen und Rassen zusammengeschweißt hat auf Leben und Tod. Die Internationalen Brigaden haben heute nicht mehr die große militärische Bedeutung, die ihren Ruhm in der ersten Zeit des Krieges in alle Welt getragen hat, aber sie sind die stärksten lebendigen Zeugen der Verbundenheit der internationalen Arbeiterbewegung mit dem Freiheitskampf des spanischen Volkes.

Heute wächst die neue spanische Volksarmee zu dem stärksten Kampfinstrument der Regierung heran. Unser Weg nach Madrid führte uns vorbei an mächtigen Formationen ausgezeichnet motorisierter und ausgerüsteter Truppen aller Waffengattungen. Das waren keine wilden Söldnerbanden, wie die Faschisten immer wieder behaupten, das war die Jugend des Volkes unter Waffen, unter einem einheitlichen militärischen Kommando. Wir haben diese Jugend — spanische Arbeiter- und Bauernsöhne, junge Intellektuelle — vor Madrid in der Front gesehen. Unser Führer war der Kommandant einer Brigade, ein 25jähriger Arbeiter. Ein Mann ohne großen Gesten, ohne lärmende Begeisterung. »Seht unsere Soldaten, fast alle sind meine Kameraden aus der Jugendorganisation. Sie wissen jetzt, was der Krieg bedeutet, aber wir können uns auf sie verlassen. Was uns fehlt, sind nicht die Menschen, denn wir haben das Volk und wir haben die Jugend. Uns fehlt Material. Verschafft es uns, und der Sieg wird unser sein.« Einen Tag später begann an diesem Frontabschnitt die Offensive der Volksarmee.

Wir waren in einem Rüstungsbetrieb. Zwei Kilometer hinter der Front, in der Reichweite der feindlichen Geschütze, 1200 Arbeiter und Arbeiterinnen standen an den Maschinen und in den Packräumen und arbeiteten für den Krieg. Sie verwalten den Betrieb selbst, sie haben die Produktion vervielfacht, bis Rohstoffmangel sie hemmte. Aber sie arbeiten ernst und stumm im Bewußtsein ihrer Verantwortung: Für den Krieg. Die der Front zugewandten Mauern der Gebäude sind durch Sandsäcke verstärkt, aber ob Mann oder Frau, niemand achtet der ständigen Gefahr: »Unsere Kameraden da vorn sind in größerer Gefahr!«

In Madrid, dem heißumkämpften, geht das Leben äußerlich seinen normalen Gang. Die Straßenbahnen

verkehren, die Untergrundbahn ist im Betrieb, die Cafés und Kinos sind geöffnet, und die Telefonzentrale vermittelt trotz der 200 feindlichen Einschläge den Telefonverkehr. Noch immer leben 500.000 Menschen in dieser Stadt. Sie verlassen sie einfach nicht. Sie arbeiten, sie sitzen am Abend, wenn die Hitze weicht, mit den spielenden Kindern vor den Häusern, kaum einen Kilometer hinter den vordersten Linien. Ein sorgloses Volk? Ausdruck des Volkscharakters? Nein, denn in Madrid leben heißt Opfer bringen. Die Nahrungsmittel sind knapp. Vor den Lebensmittelgeschäften stehen die Menschen in langen Schlangen, um die geringen Rationen für die Familie zu erhalten. Und wenn hinter den Häusern die Kanonen wummern, weiß niemand, ob die nächste Granate nicht neben ihm einschlägt und ihn hinwegrafft, wie vor ihm viele andere. Das alles trägt man. Nur nachts, wenn die Stadt im Dunkeln liegt, wenn der Straßenlärm verhallt, dann scheint es, als wenn eine halbe Million Menschen mit wachen Sinnen in die Nacht hinaushorcht auf die grausame Melodie des Krieges.

Denn dieses Volk von Madrid, dieses Volk von Spanien, lebt mit seiner Armee, mit seinem Krieg, wie nur ein Volk mit seiner Armee und mit seinem Kampf leben kann. Das Einzelschicksal ist längst zurückgetreten vor dem allgemeinen Gut, das hier verteidigt wird. Das spanische Volk verteidigt in diesem Kampf seine politische Freiheit und seine soziale und kulturelle Erhebung. Die Arbeiter in den kollektivierten Betrieben, die Landarbeiter auf dem Feld, die Soldaten an der Front, sie alle wissen, daß der Sieg der Freiheit die Neugestaltung des sozialen Lebens der breiten Massen des Volkes bedeutet. Hinter der Front lebt die soziale Revolution, die konstruktive Neugestaltung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens dieses Landes.

Dieser Wille zu neuem Leben ist die

Ein neues Kriegsfeuer

Die Internationale der Brandstifter

Während die europäische Spannung auf ein Höchstmaß gestiegen ist, haben die japanischen Generale ein neues Kriegsfeuer im Fernen Osten angezündet. Sie wollen mit Gewalt ihre Expansion in China fortsetzen.

Dieses neue imperialistische Abenteuer wirkt auf alle weltpolitischen Zusammenhänge zurück. Seit November 1936 besteht ein deutsch-japanisches Militärbündnis, das Japan die deutsche Unterstützung bei einer Expansion auf dem asiatischen Kontinent sichert. Damals, nach dem Abschluß dieses Bündnisses, das als »Antikominternpakt« getarnt war, schrieb der Londoner »Economist«:

»Die leichtere Option für die Tripel-Entente ist die nicht gegen Rußland, sondern gegen England, denn ungleich Rußland ist das britische Empire strategisch dieser Kombination ausgeliefert. Wenn die drei über uns in unserem augenblicklichen Zustand der Isolierung

zugleich herfallen — die deutschen Flugzeuge London und Glasgow, die italienischen Malta und Aden, die japanische Flotte Hongkong und Singapur angreifen, haben wir dann noch Aussicht, diesen kombinierten Angriff zurückzuweisen? Uns erscheint diese neue Tripelallianz als ein Konsortium verzweifelter Spieler, die ihr ganzes Vermögen gegen die Bank gesetzt haben. England und Rußland halten die Bank.«

Heute wirkt der neue japanische Angriff wie eine Entlastungs-offensive für Hitler und Mussolini, die sich tief in die spanische Frage verstrickt haben. Die Brandstifter im Osten benutzen die Gelegenheit, die die Brandstifter in Europa geschaffen haben — und die Gefahr ist offensichtlich, daß die europäischen Brandstifter in diesem neuen Kriegsfeuer eine neue Gelegenheit zu weiteren Vorstößen erblicken werden.

Neuer Druck auf Oesterreich

Die braune Politik übt wieder einen starken Druck auf Oesterreich aus. Sie pocht auf die Abmachungen vom 11. Juli 1936, sie will sie benutzen, um Oesterreich der Gleichschaltung näher zu führen.

Die Besprechungen, die darüber geführt worden sind, haben mit Abreden geendet, die der nationalsozialistischen Propaganda ein stärkeres Eindringen als zuvor in Oesterreich gestatten. Eine Reihe von deutschen Zeitungen wird künftig in Oesterreich zugelassen werden. Hitlers »Kampf« darf verbreitet werden. Die »nationalbetontene Kreise in Oesterreich erhalten eine Rückenstärkung.

Trotz dieser Abmachungen wird der Druck auf Oesterreich fortgesetzt. Görings Organ, die »National-Zeitung« in Essen, führt gegenüber Oesterreich eine geradezu drohende Sprache. Die vatikanische Politik, die ihre Stellung jetzt auch in Oesterreich stark bedroht sieht, sucht Anlehnung bei den demokratischen Westmächten.

Die Vorbereitung des Raubkrieges

Die faschistischen Diktatoren stellen die Machtfrage

stärkste Triebkraft des Kampfes. An der Front von Madrid waren wir Gäste einer Jugendbrigade. Wir wurden von 200 Soldaten in einem Soldatenheim unmittelbar hinter der Front mit Gesang und Rezitationen herzlich begrüßt. Selten habe ich vor einer so gläubigen und begeisterten Versammlung gesprochen wie vor diesen Soldaten. Die Massen des spanischen Volkes entdecken in diesem Kampf sich selbst und ihre Beziehungen zur weiten Welt. Ehe wir von dieser Feier scheideten, besuchten wir den Lesesaal des Heims. Dort fanden wir die Uebungshefte der Soldaten, die jetzt an der Front schreiben und lesen lernen. Und wie sie lernen! Jetzt wollen sie selbst schreiben, und jetzt wollen sie selbst lesen können, was in ihrem Land und in der Welt vorgeht.

Mancher Zug im Antlitz dieses erwachenden und kämpfenden Proletariats erinnert an Züge des russischen Volkes, aber dennoch ist Spanien nicht Rußland. In Spanien besteht eine moderne Arbeiterbewegung mit großer Tradition und mit westeuropäischer Orientierung. In Spanien lebt eine intellektuelle Jugend, in der eine stolze kulturelle Tradition und ein tiefes Wissen um die Werte der Freiheit und der Kultur lebendig sind. In der Vermählung des befreiten Landproletariats mit dem geistigen Spanien, in der Verbundenheit von Arbeitern und Intellektuellen, insbesondere in der jungen Generation, liegt vielleicht der tiefste und stärkste Quell der Kraft, mit der dieses Volk für seine Freiheit kämpft.

Heute liegt die Entscheidung über den Ausgang dieses Kampfes nicht mehr allein in seiner Hand. Heute entscheidet sich an der spanischen Freiheitsfront das Schicksal des europäischen Friedens und der europäischen Demokratie. Wer das Grauen des Krieges kennt und es jetzt in Spanien neu erlebt, wird bereit sein, einen hohen Preis für die Erhaltung des europäischen Friedens zu zahlen. Eine Lösung aber, die dieses Volk und seine Freiheit dem Faschismus in die Hände liefert, wäre eine Schande für die europäische Demokratie, und ein gefährlicher Selbstbetrug. Die Staatsmänner der großen europäischen Demokratien, die demokratischen Völker Europas tragen eine geschichtliche Verantwortung. Das Volk, das jenseits der Pyrenäen für seine Freiheit kämpft, ist ein Herzstück der europäischen Demokratie. Wir haben an seiner Seite zu bleiben, was immer auch kommen mag.

Schon einmal in der Geschichte der Nachkriegszeit haben Kurzsichtigkeit und Mangel an Mut zur geschichtlichen Entscheidung auf der Seite der Demokratien verhängnisvolle Folgen gehabt. Die Verständnislosigkeit und die Lieblosigkeit der westeuropäischen Demokratien gegenüber dem neuen republikanischen und demokratischen Deutschland waren eine der Ursachen für den Erfolg des Hitlerfaschismus, der heute Demokratie und Frieden in ganz Europa bedroht. In Spanien ist die europäische Demokratie erneut vor eine Schicksalsfrage gestellt. Sie muß dem spanischen Volk die materielle und moralische Unterstützung geben, die ihm trotz der offenen faschistischen Intervention den Sieg der Freiheit ermöglicht und damit endlich die Kräfte der Demokratie und des Fortschritts aus der Defensive zur Offensive gegen die faschistische Barbarei führt.

Die Arbeiter und Demokraten der ganzen Welt können ihren Dank an das kämpfende Spanien nicht würdiger und wirksamer abtasten, als daß sie am Jahrestag des Aufstandes der Rebellen mit ihrer ganzen politischen Kraft auf die öffentliche Meinung und auf die Regierungen ihrer Länder einwirken, damit sie endlich eindeutig Stellung nehmen: Für das spanische Volk! Für die Freiheit und den Frieden in Europa!

Schatten über Deutschlands Wirtschaft

Der Produktionswert der chemischen Industrie im Deutschen Reich betrug im Jahre 1929 4,8 Milliarden Reichsmark. 1935 wird er mit 3,7 Milliarden, und im Jahre 1936 mit 4,2 Milliarden RM angegeben. Er liegt demnach im vorigen Jahre, trotz des gewaltigen Auftriebs, den die chemische Industrie erfahren hat, noch immer um 600 Millionen RM unter dem des letzten Hochkonjunkturjahres.

Die letzten faschistischen ideologischen Hüllen sind gefallen, und die italienisch-deutsche Außenpolitik erscheint als das, was sie ist: als Vorbereitung des großen Raubkrieges. Stets war es lächerlich, das antibolschewistische Gerede der Diktatoren anders als eine nützliche Propagandawaffe anzusehen. Mussolini und Hitler sind keine Gesinnungsthaten. Mussolini war unter den ersten, die die Sowjetunion de jure anerkannten und mit ihr Wirtschaftsverträge abschlossen. Der Beginn der Freundschaft wurde gerade am Tag nach der Ermordung Matteottis durch ein solennes Diner gefeiert, das der Sowjet-Botschafter zu Ehren Mussolinis gab und die Beziehungen bleiben herzlich, solange die russische Außenpolitik gegen England und Frankreich gerichtet blieb. Erst nach der von Hitler erzwungenen Wendung Rußlands, nach dessen Eintritt in den Völkerbund und dem Abschluß des französisch-russischen Vertrags entdeckte Mussolini seine antibolschewistische Gesinnung aufs neue und fand darin einen famosen Vorwand, Stützpunkte in Spanien zu besetzen. Denn was jeweilig Bolschewismus ist, das bestimmt der Herr Diktator nach eigenem Gutdünken. Die Verwandtschaft zwischen Nationalsozialismus und Faschismus hat andererseits Mussolini keinen Moment lang daran gehindert, nach der Ermordung von Dollfuß, der ja nicht gerade wegen seiner bolschewistischen Ueberzeugung zum Opfer des nationalsozialistischen Putsches geworden war, seine Truppen am Brenner gegen Hitler aufmarschieren zu lassen — unter Zustimmung der öffentlichen Meinung Englands und Frankreichs, die wähte — und darin durch die Abmahnungen von Stresa bestärkt wurde —, der Gegensatz um Oesterreich werde die beiden Diktaturen getrennt und Italien an der Seite der Westmächte halten.

Die Aenderung trat erst ein mit der Eroberung Abessinien, ein Ereignis, dessen Bedeutung man wohl bis jetzt meist bedeutend unterschätzt, zumal man es isoliert betrachtet hat. Bei der Eroberung Abessinien, die mehr als 12 Milliarden Lire gekostet hat, und für dessen Erschließung eine gleich hohe Summe innerhalb der nächsten sechs Jahre bereitgestellt wird, handelt es sich gar nicht in erster Linie um ein wirtschaftliches Vorhaben; auch daß durch die Art des Vorgehens der Völkerbund torpediert und das Ansehen Englands vermindert wurde, ist mehr ein, wenn auch folgenschwerer, Begleitumstand gewesen. Viel wichtiger ist die strategische Bedeutung. Italien ist zum gefährlichen Rivalen Englands und Frankreichs in Nordafrika geworden, deren Besitz es vom Lande her angreifen kann, während es zugleich Englands Empire-Weg durch das Rote Meer bedroht. Ihre ganze Bedeutung erhält aber die von Mussolini lang geplante und sorgfältig vorbereitete Eroberung erst, wenn man sie nicht isoliert, sondern als erste Etappe in einen weitaus größeren und umfassenden Plane betrachtet als vorbereitende Handlung zur Erringung der Herrschaft Italiens über das Mittelmeer. Englands »Lebensader«, die kürzeste Verbindung des britischen Mutterlandes mit seinen überseeischen Besitzungen und Einfluß-

plänen soll unter italienische Kontrolle gebracht und damit dem englischen Weltreich der tödliche Schlag versetzt werden; die französischen Verbindungen Frankreichs mit seinen nordafrikanischen Kolonien, auf denen sowohl seine Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen, als ein Teil seiner militärischen Stärke beruht, sollen ebenso der Macht Italiens unterstellt werden. Das neue Imperium Romanum soll das Erbe des British Empire antreten, in dem Frankreich eine Art Gallien darstellen würde — so spiegelt sich im verwirrten Kopf Mussolinis — heute noch Duce und morgen Imperator — das Bild der Welt und ihre Neuverteilung. Der nächste Schritt, die Verwandlung des Mittelmeeres aus einer vornehmlich unter englisch-französischem Einfluß stehenden Meeresstraße in das italienische mare nostro, er ist getan, wenn es gelingt, durch den Sieg Francos die Straße von Gibraltar an beiden Ufern, die Balearen und die Kanarischen Inseln unter italienische Aufsicht zu bringen. Dazu die Bundesgenossenschaft der Germanen zu gewinnen, das ist kleinere Opfer wert. Was ist die Tschechoslowakei und selbst Oesterreich im Vergleich zur Herrschaft über das Mittelmeer, dem Schlüssel zur Weltherrschaft.

Das ist Mussolinis Idee von der Achse Rom—Berlin. Der deutsche Diktator ist in diese Politik verstrickt. Für seine eigene Machtausdehnung steht ihm kein Bundesgenosse zur Verfügung und isoliert wird jedes Vorgehen nach welcher Richtung immer zu gefährlich; zudem können die kleineren Eroberungsmöglichkeiten im Osten — Tschechoslowakei, Danzig — zwar das Prestigebedürfnis eine Zeit lang befriedigen, sie ändern aber auf die Dauer nichts an der prekären Wirtschaftslage, die sie vielmehr noch erschweren würden; größere Vorstöße aber nach dem Südosten mit seinen lokkenderen Rohstofflagern sind nur mit Zustimmung und im Verein mit Italien möglich. Entscheidend aber bleibt, daß selbst temporäre Erfolge in Mittel- und Südeuropa nur gesichert wären nach dauernder Ausschaltung der Eingriffsmöglichkeit der großen Westmächte. Ist aber deren Niederwerfung überhaupt die Vorbedingung des Aufstiegs Deutschlands zur Weltmacht? Ist die Neuverteilung des Kolonialreiches der Welt um geringeren Preis zu erreichen? Mit einigem Zögern folgt Hitler in Spanien Mussolinis Vorgehen. Berlin bleibt an Rom gebunden.

England kann nach der Eroberung Abessinien weniger denn je eine Ausdehnung der Machtstellung Italiens im Mittelmeer zulassen, sein Außenminister hat das ganz klar ausgesprochen, als er das Mittelmeer als britische Lebensader bezeichnete und die Integrität Spaniens und der spanischen Besitzungen als englisches Lebensinteresse. Frankreich wäre die Bedrohung seiner Pyrenäengrenze ebenso unerträglich wie die Unterbindung seiner Verbindungswege mit Nordafrika.

Die Machtfrage ist also unerbittlich gestellt. Es handelt sich nicht um Weltanschauungsgegensätze, um Faschismus oder Bolschewismus in Spanien, es handelt sich um die Existenz des englischen Empire und um die Unab-

hängigkeit Frankreichs. Das Gerede von den Greueln der Roten von Madrid und dem Schützer der Zivilisation Franco verstummt selbst in den borniertesten Rechtskreisen und weicht der Einsicht in die wirkliche Gefahr. Hinter der Weigerung Italiens und Deutschlands die Politik der Nichtintervention fortzusetzen, erkennt man ihren Willen, ihr Kondominium über Spanien aufzurichten; hinter der Ablehnung des deutsch-englischen Vorschlags auf Beseitigung jeder Kontrolle der spanischen Küsten und der Anerkennung beider spanischen Parteien als kriegführende Mächte, steht der Entschluß Englands und Frankreichs die Deutschen und Italiener zum Rückzug aus Spanien zu bringen.

In solcher Situation ist ein Kompromiß fürchterlich schwierig. Es hat gewiß einen Zeitpunkt gegeben, an dem sich mindestens in England ein Teil der öffentlichen Meinung mit einem Sieg Francos zur Not abgefunden hätte in der Erwartung, daß auch Franco die Integrität und Unabhängigkeit Spaniens aufrechterhalten würde. Das ist vorbei. Denn es ist klar, daß heute, wo Franco seinen Sieg nur der Hilfe Deutschlands und Italiens verdanken würde, wo er seine Herrschaft nur mit deren Unterstützung aufrechterhalten könnte, er ein ohnmächtiges Werkzeug in deren Händen bliebe. Die Herren Spaniens wären nicht die spanischen Rebellengenerale, sondern die beiden Diktatoren und damit wäre, wie es der »Economist« kürzlich formuliert hat, das Machtgleichgewicht in Europa, im Mittelmeer und im Nordatlantik in einer Weise gestört, daß England und Frankreich auf Gnade und Ungnade Italien und Deutschland ausgeliefert wären.

Die beiden Diktaturen sind in ihrer Außenpolitik jetzt zum ersten Male an eine Schranke gestoßen. Werden sie sie mit Gewalt durchbrechen? An ihrem Kriegswillen ist nicht zu zweifeln. Aber die Frage ist, ob sie sich bereits stark genug fühlen, das Kriegerrisiko für sie ungeheuer und um so größer, als die Konstellation, in der der Krieg sich vollziehen würde, die Unterstützung, die die Kriegführenden durch Zuzug von Bundesgenossen erfahren würden, diesmal bei Ausbruch des Krieges ganz unbestimmt bliebe und sich erst im Verlauf des Krieges ergeben würde. Die Antwort liegt allein bei den in jeder Beziehung unverantwortlichen Diktatoren und in dem Urteil, das sie in erster, und ihre Generalstäbe in zweiter Linie über ihre militärische Stärke sich bilden. England wird, gefolgt von Frankreich, mit aller Kraft an einem Kompromiß arbeiten, aber auch ihm sind jetzt engere Grenzen gezogen als zuvor. Denn für die Westmächte kann es nur ein Kompromiß geben, das zwar den Diktaturen den Rückzug so sehr als möglich erleichtert, aber doch zuletzt eben den Rückzug aus Spanien bedeutet. Und den zu akzeptieren, ist für die Diktaturen schwierig, für Mussolini, dem stärker engagierten, noch schwieriger als für Hitler.

»Man muß sich fragen«, hat Léon Blum in Bordeaux gesagt, »ob wir nicht am Ende unserer Versuche stehen, ob das Gebäude des Friedens nicht einzustürzen droht. Alles bleibt ernst, ja recht beunruhigend.«

Die Produktion der deutschen Automobilindustrie hat ihren Höhepunkt überschritten. Im Mai 1937 ist die Erzeugung von Automobilen und Motorrädern hinter dem Vormonat und auch hinter dem gleichen Vorjahrsmonat zurückgeblieben. Die Erzeugung von Personenkraftwagen war im Mai um 7,7 Prozent niedriger als im April 1937, während die Abnahme gegenüber dem Mai 1936 3 Prozent beträgt. In derselben Vergleichszeit hat sich die Produktion der Lastkraftwagen um 2,2 bzw. um 4,8 Prozent vermindert. Kraftomnibusse wurden im Mai 1937 54 Prozent weniger hergestellt als im April 1937 und 59 Prozent weniger als im Mai 1936. Bei den Motorrädern ist die Produktion vom April zum Mai d. J. um 13,2 Prozent zurückgegangen.

Von den 105.200 Empfängern von Kurzarbeiterunterstützung in Deutschland sind 71.700 oder mehr als zwei Drittel Textilarbeiter. In den bedeutendsten Zentren der deutschen Textilindustrie, in Sachsen und Westfalen-Nord, arbeiten jetzt noch mehr als

25 Prozent der Textilarbeiter weniger als 40 Stunden. Ursache: die Rohstoffschwierigkeiten.

Der Eiermangel tritt wieder verschärft in Erscheinung. Der letzte Nährstandsbericht, veröffentlicht in der »Frankfurter Zeitung« vom 12. Juli, teilt mit: »daß in den Zuschußgebieten nicht immer die von den Verbrauchern gewünschten Mengen zur Verfügung standen...« Die Ueberschußgebiete benötigten einen großen Teil ihrer Erzeugung zur Deckung des Eigenverbrauchs der Landwirtschaft und der Kur- und Sommerfrischenorte. Eine Entspannung der Marktlage hängt in der Hauptsache von dem Anlangen ausländischer Zufuhren ab... Eine reichlichere Belieferung der deutschen Märkte ist zunächst nicht zu erwarten.«

Der Fleischverbrauch des deutschen Volkes weist im Mai einen neuerlichen Rückgang auf. Er bleibt um 4 Prozent hinter dem gleichen Vorjahrsmonat zurück. Selbst im Jahre 1913 war der Fleischverbrauch je Kopf

der Bevölkerung um 2 Prozent höher als im Mai 1937.

Deutsche Jugend

Von Engländern gesehen.

Fragen der körperlichen Jugenderziehung werden in England viel diskutiert. Es hat dort auch Leute gegeben, die das gegenwärtige deutsche System als vorbildlich anpriesen. Der »Board of Education« hat sich dadurch veranlaßt gesehen, eine Studienkommission nach Deutschland zu schicken, die jetzt zurückgekehrt ist und ihren Bericht veröffentlicht hat.

Der Bericht stellt fest, daß die Gesichter der jungen Menschen in Deutschland deutliche Züge der überreizten Spannung und des Ueberernstes tragen und kommt zu dem Schluß: »Körperliche Erziehung ist eine gute Sache, aber ihre Steigerung bis zum Exzeß auf Kosten der Güter des Geistes und des Herzens bei einer Nation von der Bedeutung der deutschen kann für diese selbst und für die ganze Welt furchtbare Folgen haben.«

Brasilien gegen braune Umtriebe

Die Saat, die sie gesät haben . . .
mn. Sao Paulo, Mitte Juni.

Was wir an dieser Stelle mehr als einmal prophezeit haben, tritt ein: die brasilianischen Behörden, deren Langmut, Geduld und Toleranz an sich sehr groß sind, lassen sich die fortgesetzten Verletzungen der Souveränität Brasiliens durch die nationalsozialistische Ortsgruppen und durch die nationalsozialistische Propaganda nicht mehr länger bieten!

Der erste große Konflikt ist in dem brasilianischen Staate Rio Grande do Sul entstanden. Er ist der Staat, nach dem die größte deutsche Einwanderung gegangen ist und in dem das Deutschbrasilianertum den verhältnismäßig größten kulturellen Einfluß in Brasilien besitzt. Dort sind die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Nationalsozialisten und den Teutobrasiliern so scharf geworden und haben in der letzten Zeit so ernste Formen angenommen, daß sie der öffentlichen Meinung nicht länger verborgen bleiben konnten. Dabei hatten sich die von dem braunen Terror bedrohten Deutschbrasilianer (also brasilianische Staatsbürger!) immer wieder bemüht, die Meinungsverschiedenheiten friedlich und möglichst geräuschlos auszutragen. Sie hatten mit unglaublicher Langmut, ja sogar viel Naivität versucht, die Nationalsozialisten davon abzubringen, die Deutschbrasilianer durch unberechtigte Ansprüche und Zumutungen in Konflikt mit ihrer brasilianischen Heimat zu bringen. Erst als das nicht half, traten die Teutobrasiliere die Flucht in die Öffentlichkeit an. In den dann folgenden öffentlichen Auseinandersetzungen erlitten die Braunen eine Reihe von schweren Niederlagen. Die organisatorisch am meisten ins Gewicht fallende war ihr Debakel im Kampf um die Vorherrschaft in dem Turnerbund Porto Alegre. Im Verlauf der Polemik um den Turnerbund erließ der deutschbrasilianische Stadtpräsident von Porto Alegre, ein außerordentlich bedachtsamer und überlegter Politiker, einen Appell an die Nationalsozialisten, der ihnen den Ernst der Situation hätte zeigen müssen. In ihrer Frechheit, Dummheit und Verblendetheit kapierten sie aber diese und andere Mahnungen nicht, und provozierten weiter.

Die Nationalsozialisten Südbrasiliens waren darum wie aus den Wolken gefallen, als plötzlich Anfang Juni die zuständigen Kommandos der Armee mit einer Untersuchung der Tätigkeit der nationalsozialistischen Ortsgruppen im Staate Rio Grande do Sul beauftragt wurden.

Im Augenblick beraten die einzelnen Ortsgruppen, was im Falle eines Verbotes der NSDAP-Ortsgruppen in ganz Brasilien geschehen soll. Wir glauben allerdings aus einer Reihe von Gründen nicht, daß eine solche Maßnahme unmittelbar bevorsteht. Die Methoden der brasilianischen Politik sind von der in Europa üblichen sehr verschieden. Der Zeitpunkt für endgültige Entscheidungen ist noch nicht gekommen und ein »Durchgreifen« im deutschen Sinne ist Brasilien fremd. Im gegebenen Augenblick erreicht man mit weniger auffälligen und in der Form weniger scharfen Mitteln denselben Effekt.

Daß es aber auf der ganzen Front losgeht, daß man die nationalsozialistische Gefahr in den Südstaaten Brasiliens begreift und, wenn es nützt, auch sofort die entsprechenden Konsequenzen zieht, ersieht man aus einer Mitteilung des Direktors des Departamento Nacional de Educacao, der obersten Unterrichtsbehörde Brasiliens. Er kündigt eine Kampagne gegen diejenigen ausländischen Schulen an, die den Unterricht in portugiesischer Sprache und in der Geschichte und Geographie Brasiliens systematisch vernachlässigen. Daß es sich hierbei fast ausschließlich um Schulen handelt, die unter nationalsozialistischem Einflusse stehen, erkennt man daran, daß vom Departamento Nacional de Educacao ausdrücklich auf das Vorgehen des Staates Santa Catharina hingewiesen wird. Die Regierung dieses Staates hat in den letzten Tagen die Schließung von vier Schulen in dem Municipio Harmonia verfügt, die von strammen Nationalsozialisten geleitet werden. In dem Schließungsgesetz wird mit Nachdruck betont, daß sich diese Schulen systematisch gewiegert haben, den Anweisungen der brasilianischen Schulbehörden Folge zu leisten. Es wird festgestellt, daß diese nationalsozialistischen Schulen unter bewußter Mißachtung der Staatssprache den Unterricht ausschließlich in deutscher Sprache erteilen ließen. Und es ist weiter bekannt geworden, daß diese Schulen ihre Schüler (ausnahmslos brasilianische Staatsbürger) zwar über das Dritte Reich, nicht aber über Brasilien informiert und belehrt haben!

Die Blutjustiz wütet

Eine Frau und drei Männer zum Tode verurteilt

Der sogenannte Volksgerichtshof für das Deutsche Reich entwickelt sich immer mehr und mehr zum nazideutschen Schreckens- und Blutgericht. In der Art der Feme-Gerichte ist er zusammengesetzt, in ihrer Art verhandelt er im Geheimen und zieht in seinen verschiedenen Senaten im Reiche herum, Tod und Verderben kündend. Ob alle seine »Urteile« außer den unmittelbar davon Betroffenen, bekannt werden?

Jetzt erfährt man erst wieder, daß dieses Nazi-Feme-Gericht in Stuttgart, der Württembergischen Hauptstadt, tagte und am 12. Juni dieses Jahres, nach einer fünfjährigen Verhandlung eine Frau und drei Männer wegen ihrer politischen Ueberzeugung zum Tode verurteilt hat.

Die zum Tode verurteilte Frau ist die Arbeiterin Liesel Herrmann, die zum Tode verurteilten Männer sind die Arbeiter

Steidle, Göritz und Lowatsch. Ein anderer Angeklagter, Grötzinger, erhielt durch das gleiche Urteil 11½ Jahre Zuchthaus. Da Verhandlung, Urteilsfällung und Urteilsbegründung sich hinter verschlossenen Türen abspielten, ist bis jetzt im Einzelnen nicht bekannt geworden, auf welche Tatsachen sich das »Urteil« stützt. Den Angeklagten wurde Hoch- und Landesverrat zum Vorwurf gemacht. Sie sollen ihre Straftat im Vorverfahren in einem Protokoll zugegeben und ihre Unterschrift darunter gesetzt haben. Die Angeklagten haben während des ganzen Prozesses hartnäckig und entschieden die Richtigkeit des Inhaltes des Protokolls bestritten und auf Vorhalt, wie denn diese Geständnisse in das Protokoll gekommen seien, hat einer der Angeklagten ganz offen erklärt: »Ihr würdet alles verstehen, wenn Ihr das mitgemacht hättet, was wir mitgemacht haben.«

Und noch während der Verhandlungstage vor diesem sogenannten Volksgericht schelmt mit der gleichen Methode die Bearbeitung der Angeklagten fortgesetzt worden zu sein. Der zum Tode verurteilte Steidle kam nämlich am 2. Verhandlungstag mit verbundenem Kopf im Gerichtssaal an. Als der Präsident des »Gerichtes« sich nach der Ursache erkundigte, antwortete Steidle: »Das weiß man ja wohl, ohne daß ich darüber rede.«

Größer und größer wird die Zahl der Unglücklichen in Deutschland, die auf Grund des Machtspruches dieses »Gerichtes« zur Hinrichtung mit dem Handbeil verdammt sind, weil sie gegen die kriegerische Herrschicht, die Meinung der friedliebenden Volksmassen vertreten haben. Und immer lauter und lauter muß der Ruf der friedliebenden Welt in das Hitlerreich hinüberschallen, der Ruf auf Rettung der Opfer, der Ruf auf ihre Befreiung aus den Händen des Henkers!

Nationalsozialismus in Polen unerwünscht

Im Zug der Gleichschaltung der deutschen Minderheit in Polen, waren die Führer stets bemüht, alle Methoden des Nazismus auch in ihren Organisationen einzuführen, ob es Hakenkreuzbünde oder Hakenkreuzfahne war, ob die Hand zum Hitlergruß gehoben oder ein entsprechender »Saalschutz« für die erforderliche Schlägerei innerhalb des Deutschtums geschaffen werden mußte. Ueberall war das Dritte Reich Vorbild in Theorie und Praxis, bis schließlich die Behörden eingegriffen haben und einen Teil des nationalsozialistischen »Brauchtums« verboten. Da »die lächerlichen Affen Hitlers«, wie der »Führer« alle diese Nachahmungen selbst benannte, in Polen ihr »Brauchtum« nicht öffentlich anwenden durften, gingen sie zur Geheimbündelei über, wie wir es schon aus zahlreichen Prozessen gegen Angehörige der deutschen Minderheit kennen lernten. Es sei dahingestellt, ob es den Mitgliedern dieser Nazigeheimorganisationen wirklich bekannt war, welche Ziele die Führer dieser Vereine verfolgten. Tatsache bleibt, daß in jedem einzelnen Falle Verbindungen der fraglichen Organisationen zu Reichsstellen nachgewiesen worden sind. Da im Dritten Reich »Arbeits- und Schulungslager« Voraussetzung befähigter Naziführung sind, so konnte dieser Gedanke eben auch nicht von den Angehörigen der deutschen Minderheit abgelehnt werden. Wiederholt wurden bereits vor Jahren diese Art Veranstaltungen von den polnischen Behörden verboten, aber immer wieder fand man Gelegenheit, um sie unter anderen Namen durchzuführen.

Nationalsozialistische Schulung, Erringung der »Führerreefe«, waren Ziele solcher Kurse oder Lager, für den Nazinachwuchs mußte unbedingt gesorgt werden. Erinnerung sind hierbei die Prozesse gegen den Wanderbund in Oberschlesien, die Auflösung eines »Arbeitslagers« in der Plesser Gegend und schließlich folgt jetzt ein Prozeß gegen 2 Angehörige der deutschen Minderheit, denen die Anklage vor dem Bezirksgericht in Konitz vorwirft, einen Geheimbund unterhalten zu haben, der im Rahmen eines Arbeitslagers, die Teilnehmer zu Nationalsozialisten erziehen sollte. Uns interessiert hier weniger der Verlauf des Prozesses, der schließlich mit der Verur-

teilung aller Angeklagter zu 191 Monaten Gefängnis beendet wurde, ferner die Unterbringung zweier Angeklagter in Zwangsarbeitslager, wobei allerdings eine Bewährungsfrist zugestanden worden ist. Wichtiger ist schon die Begründung des Urteils gegen die Opfer des Nazismus. Politische Prozesse haben immer ihre Besonderheiten und von denen war auch der Prozeß in Konitz nicht frei. In der Urteilsbegründung gegen die angeklagten 22 Deutsche heißt es ausdrücklich,

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Nationalsozialisten auch dieses Warnungssignal nicht verstehen werden. Sie versuchen auch eine andere Aktion zu bagatellisieren, die kürzlich in der brasilianischen Bundeskammer erfolgt ist. Dort hat der Deputierte Café Filho einen offenen Brief eines katholischen Seminardirektors, des Paters Pedro Sinzig, verlesen, der die Aufmerksamkeit des Parlamentes auf das Unwesen lenkt, das die Nationalsozialisten in Brasilien treiben. Dieser Appell hat auf das brasilianische Bundesparlament besonders tiefen Eindruck gemacht, weil Sinzig (ein geborener Deutscher und naturalisierter Brasilianer) während des Krieges wegen seines männlichen Eintretens für Deutschland großen Schwierigkeiten ausgesetzt war, sie haben trotzdem nicht einschüchtern lassen.

daß es verständlich sei, wenn sich Deutsche mit dem Nationalsozialismus beschäftigen, aber das dürften sie nur privat tun. Im Rahmen einer großen Organisation nehme diese Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus in Polen einen gefährlichen Charakter an, gegen den sich das polnische Volk wehren müsse. Der polnische Staat wünscht nicht, daß auf seinem Gebiet die fremde nationalsozialistische Weltanschauung gepflegt werde.

Es ist dies die erste Urteilsbegründung polnischer Gerichte gegen die deutsche Minderheit, in welchem klipp und klar ausgesprochen wird, daß für Polen trotz aller Freundschaftsbeteuerungen der »Nationalsozialismus« als »Weltanschauung« unerwünscht ist. Die reichsdeutsche Presse ist unter Führung des »Völkischen Beobachters« gegen den Freund an der Weichsel sehr erboet und die Provinzpresse überbietet sich an Angriffen gegen Polen, »welches so wenig Verständnis« für das Deutschtum in Polen zeige. Das Echo der polnischen Presse ist aber um so entschiedener, man fordert das Verbot aller gleichgeschalteten deutschen Organisationen, die, wie im Prozeß in Konitz erwiesen, nichts anderes, als reichsdeutsche Agitationsstellen in Polen sind. Man verweist auf die Versicherung der sogenannten »Loyalität« gegen Polen, die so wenig mit der Geheimbündelei und den Schulungslagern zu vereinbaren sei.

Die polnischen Behörden im Posener Gebiet wollen nun ihrem Urteil auch den nötigen Nachdruck verleihen und haben im Zusammenhang damit, jetzt auch eine Bezirksorganisation der Deutschen Vereinigung in Schultitz geschlossen, weil hier junge Menschen wehrpolitisch geschult und erzogen wurden.

Mit dem Urteil von Konitz sind in den drei letzten Prozessen gegen Angehörige der Naziorganisationen in Polen im Verlauf von etwa zwei Jahren nicht weniger als 674 Monate Gefängnis ausgesprochen worden. Und das alles trotz der deutsch-polnischen Freundschaft.

Flucht aus der »Erlösung«!

Aus Tarnowitz wird uns geschrieben: Jahre hindurch haben die Naziorganisationen innerhalb der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien ihre Agitation damit bestritten, daß sie Arbeit jenseits der Grenze in Aussicht gestellt erhielten. Es ist nicht zu leugnen, daß heute Tausende aus Ostoberschlesien nach Deutschland abgewandert sind, die weder Optanten, noch Reichsangehörige waren. Hat man es in den letzten zwei Jahren ausschließlich auf Facharbeiter abgesehen, so sind in den letzten Monaten besonders junge Leute zur Landarbeit herangezogen worden. Man lockte sie unter den verschiedensten Versprechungen ins Reich, man wollte ihnen nicht nur eine Existenz schaffen, sondern

sie auch für besondere Zwecke ausbilden, womit »militärische Schulung« gemeint war. Aber nur ein Teil der jungen Leute kam in die Schulungs- und Arbeitslager auf die großen landwirtschaftlichen Güter, die weniger »fähigeren« wurden zu Bauern zur Saisonarbeit abkommandiert und sollten erst später »anderweitige Verwendung« finden. Man sagt uns, daß hierbei die Kenntnis der deutschen Sprache entscheidend war. Konnten die jungen Leute nur wenig deutsch oder sprachen ein schlechtes Deutsch, so kamen sie zu den Bauern, sie waren eben gut genug zum Schuften, nicht aber, um entsprechend »nationalsozialistische« für besondere Verwendung geschult zu werden. Nun kamen die jungen Leute bei den Bauern auf sehr schlechte Arbeitsplätze, wenig Essen, schlechte Unterbringung und harte Arbeit, so daß ihnen bald die Augen aufgingen, daß sie aus der »polnischen Unterdrückung« in die Hitlersche Sklaverei ihr Dasein gewechselt haben. Und da sie noch polnische Staatsangehörige waren, hatten sie immerhin noch die Möglichkeit aus dem »Reich der Erlösung« durch Adolf Hitler zu fliehen oder schreiben an ihre Eltern, daß man für sie bei den zuständigen polnischen Konsulaten intervenieren möchte, damit sie aus der »Sklaverei« in die Heimat zurück können. Es sind Briefe voller Bitterkeit über den Betrug, den man an den jungen Menschen vollzog. Man versprach ihnen Freiheit und bessere Zukunft und gab ihnen eine härtere Unterdrückung und Hungerkuren im Dritten Reich. Massenweise wollen jetzt die jungen Leute zurück, sie haben genug von den wenigen Wochen im Lande der »Erlösung«, von der »Volksgemeinschaft« Adolf Hitlers sind sie nun gründlich bekehrt. Sie haben das Dritte Reich in der Wirklichkeit kennen gelernt.

Nach ein Danziger Abgeordneter verschleppt?

Wie der »Daily Herald« berichtet, ist der Danziger kommunistische Volkstagsabgeordnete Plenikowski verschwunden. Er verließ seine Wohnung in der Danziger Vorstadt Siedlitz vor einigen Tagen und wurde seither nicht mehr gesehen. Die Danziger Nazi-Behörden behaupten, Plenikowski habe sich heimlich zu einer kommunistischen Konferenz nach Kopenhagen begeben. Plenikowskis Frau bestreitet dies auf das entschiedenste und ist überzeugt, daß ihr Mann dasselbe Schicksal erlitten hat wie vor kurzem der sozialdemokratische Abgeordnete Wjehmann: nämlich daß er von den Nazi verschleppt und entweder in ein deutsches Konzentrationslager gebracht oder ermordet wurde.

Plenikowski gehörte zu jenen Mitgliedern der Opposition im Danziger Parlament, die bisher allen Versuchen der Nazi widerstanden haben, sie durch Drohungen oder Erpressungen zur Niederlegung ihres Mandats zu veranlassen. Er war bereits mehrmals verhaftet und monatelang in Haft gehalten worden.

Die Erkennungsmarke der Achse

Das Großkreuz des Ordens vom Deutschen Adler — die Erkennungsmarke der Achse Berlin—Rom — ist abermals ausgiebig verliehen worden. Es haben sie etwa ein halbes Dutzend italienischer Faschistenhauptlinge erhalten.

Auch die Ungarn sind an der Reihe: Honvedminister Wilhelm Roeder und General Hugo Vitez Sony.

Motorisierter Krieg ohne Öl

Der Wahnsinn der braunen Autarkie

Immer klarer stellt sich heraus, daß die Rechnung, die die Nationalsozialisten mit ihrer Kriegsvorbereitung aufgestellt haben, gewaltige Lücken enthält. Sie waren anfangs der Meinung, daß schon die Wiedereinführung der Wehrpflicht, die Motorisierung der Truppe, die Errichtung von Autostraßen, die massenhafte Vermehrung der Geschütze, der Ausbau der Flugwaffe und der Marine genüge, um den anderen Mächten, gleichviel in welcher Gruppierung sie auftreten, überlegen zu werden. Mit einem ungeheuren Aufwand haben sie versucht, diese Überlegenheit zu erreichen.

Aber bald erwies sich, daß sie trotz allen lügenhaften Finanzmanipulationen und aller direkten Betrügereien, die sie dem gutgläubigen Ausland gegenüber zur Anwendung brachten, doch nicht über die genügenden Geldmittel verfügten, um die zu der gewollten umfassenden Kriegsrüstung notwendigen Rohstoffe zu beschaffen.

Aber warum Rohstoffe aus dem Ausland? Wenn Deutschland schon nicht über die Rohstoffe von Natur aus verfügt, warum soll es sie nicht künstlich erzeugen? So gingen die Nationalsozialisten an den Aufbau der Werkstoffindustrien. Neue beträchtliche Lasten wurden der Wirtschaft und vor allem der Arbeiterklasse auferlegt, um die Finanzierung der neu zu errichtenden Fabrikanlagen zu ermöglichen. Es ist wahrscheinlich, daß die lange dauernden und kostspieligen Versuche der Erzeugung künstlicher Rohstoffe manches Bleibende ergeben werden. Aber das zugegeben, so wird der Zweck, für den sie errichtet wurden, doch nicht erreicht. Die neue außerordentlich teure Werkstoffindustrie ist nicht imstande, Deutschland im Kriegsfall alle jene Rohstoffe in genügender Menge zu liefern, die es dann in viel größeren Mengen als im Frieden benötigt, aber vom Ausland so gut wie nicht erhalten wird.

Am klarsten zeigt sich das bei den Treibstoffen. Zuerst haben die Nationalsozialisten die Investierung von einigen hundert Millionen Reichsmark zur Erschließung neuer und zur Steigerung der Ausbeute aller Erdölquellen erzwungen. In den ver-

schiedensten Gegenden des Reiches wurde nach Öl gebohrt. Doch das Ergebnis war gleich Null. Die Rohölproduktion Deutschlands hält sich in bescheidenen Grenzen und mit ihr kann noch nicht einmal der zehnte Teil des Friedensbedarfes an Treibstoffen gedeckt werden. Der riesige finanzielle Aufwand ist nutzlos vertan!

Darauf ist dann die Produktion künstlicher Treibstoffe im schnellsten Tempo erweitert worden. Im Jahre 1935 erzeugte Deutschland an Ersatztreibstoffen:

Benzol	360.000 t
Alkohol für Motoren	185.000 t
Synthetisches Benzin	270.000 t
Schieferöl und Teeröle verschiedener Art	560.000 t
insgesamt	1.380.000 t

Mit dieser Produktion von Ersatztreibstoffen konnte rund der vierte Teil des gesamten Öl- und Treibstoffverbrauchs in Deutschland gedeckt werden. Sicher hat im Jahre 1936 die Erzeugung zugenommen. Aber selbst bei fortschreitender Steigerung der Produktion ist es nicht wahrscheinlich, daß etwa im Jahre 1937 Deutschland in der Lage wäre, seinen gesamten Treibstoffbedarf aus der heimischen Rohöl- und Ersatztreibstoffproduktion zu decken. Da aber die Motorisierung noch lange nicht beendet ist, so bleibt das Treibstoffproblem selbst noch im Frieden trotz des Aufwandes von vielen hundert Millionen Mark für Deutschland noch immer ungelöst.

Kann es aber schon für seine Friedenswirtschaft nicht die erforderlichen 4,5 bis 5 Millionen t Treibstoffe beschaffen, wie wird dann seine Situation erst im Kriegsfall sein? Denn dann ist mit einem ungleich höheren Treibstoffbedarf zu rechnen.

Es sind in der letzten Zeit verschiedenliche Untersuchungen über die wahrscheinliche Höhe des Verbrauchs an Treibstoff für ein Kriegsjahr angestellt worden. Sie kommen zu Schätzungen, die für die Großmächte etwa zwischen 12 und 15 Millionen t im ersten Kriegsjahr liegen. Im »Deutschen Volkswirt« (Nr. 23) werden für den Ölbedarf einer Großmacht für ein Kriegsjahr diese Ziffern angeführt:

	Dieselöl	Heiz- und Treiböl	Benzin	Schmieröl	insgesamt
	in Millionen Tonnen				
Heer	3,0	—	2,0	0,5	5,5
Luftwaffe	1,45	—	0,1	0,15	1,7
Marine	—	1,8	—	0,2	2,0
Allgemeine Wirtschaft	1,85	—	1,3	0,3	3,45
Gesamtbedarf	6,3	1,8	3,4	1,15	12,65

Es wird dazu bemerkt, daß die Verhältnisse bei den einzelnen Ländern und Kriegslagen zu verschieden liegen, um eine schematisch-einheitliche Berechnung zu gestatten. Die Größe des Gebietes und des Kriegsschauplatzes, die Länge der Grenzen, die Zahl der Fronten, die Ausdehnung der Operationen zur See, die Art der Kriegsführung, namentlich in der Verwendung der Luftwaffe, der Tankmassen und der motorisierten Verbände können die größten Unterschiede im Treibstoffverbrauch bewirken. Für Frankreich schätzt der französische Bergwirts-

schaftsachverständige Berthelot den jährlichen Ölbedarf Frankreichs im Kriegsfall auf etwa 15 Millionen t.

Selbst wenn wir für Deutschland die niedrigere Ziffer von 12,65 Millionen t Treibstoffverbrauch für ein Kriegsjahr als richtig annehmen, — ist Deutschland imstande, sich durch eigene Produktion mit diesen Mengen zu versorgen? Schon der bisherige Ausbau der Ersatzstoffproduktion hat zu einer solchen Anspannung der finanziellen Kräfte geführt, daß eine Pause in der weiteren For-

cierung eintreten muß, noch bevor die Sicherung des Friedensbedarfes erreicht ist.

Wollte Deutschland Hydrieranlagen mit einer Leistung von 12,5 Millionen t jährlich errichten, so müßten erneut annähernd 4 Milliarden Mark investiert werden. Daß die Nationalsozialisten dazu — bei der bekannten finanziellen Lage des Reiches — nicht in der Lage sind, darüber ist kein Zweifel zulässig.

Aber nicht allein daran scheitert die ausreichende Treibstoffversorgung für den Kriegsfall. In dem erwähnten Artikel im »Deutschen Volkswirt« wird angeführt, daß für die Erzeugung von 12,5 Millionen t Ersatztreibstoffen ein Arbeiterbedarf von 250.000 Mann notwendig sei. Allein die Förderung der erforderlichen Kohlenmengen benötige mindestens 100.000 Mann. Und es wird an diese Feststellung die Bemerkung geknüpft: die Mannschaftsfrage droht aber wegen des unabsehbaren Bedarfs der Kriegsindustrien ohnedies zu einer der bedenklichsten Auswirkungen zu werden, die die Entwicklung zum Materialkrieg mit sich gebracht hat.

Es ist aufschlußreich, daß derartige Feststellungen, die die Brüchigkeit der deutschen Kriegsvorbereitungen und die Untauglichkeit des Vierjahresplanes belegen, im »Deutschen Volkswirt« gemacht werden können. Er ist bekanntlich das Organ der Industriellen, in deren Kreisen der Widerstand gegen den Vierjahresplan immer heftiger wird.

Es scheint außerdem, daß die wachsende Erkenntnis über die Unzulänglichkeit der eigenen wirtschaftlichen Kräfte für den Kriegsfall auch Überlegungen für eine Rüstungsbegrenzung hervorruft, wie sie Mussolini sicher nicht ohne Wissen Hitlers angeregt hat. Ist es nicht das Eingeständnis, falschen Berechnungen zum Opfer gefallen zu sein, wenn diese deutsche Zeitschrift feststellen muß:

»Die Aufstellung der Volksarmeen mit ihren Millionenziffern und die gleichzeitige höchste Technisierung stellen Aufgaben, die auf die Dauer offenbar nicht mehr gelöst werden können. Das gilt für die Rohstoffversorgung wie die Finanzierung, und vielleicht auch für die Ausbildung und Führung der Truppe. Man wird die Rückkehr zu kleineren Heeresstärken und zu einer erhöhten Geltung von Mann und Pferd gegenüber der Maschine erwägen müssen. In der Treibstofffrage erscheint eine Überprüfung der bisherigen Entwicklungsrichtung der Motorentechnik unter wehrwissenschaftlichen Gesichtspunkten unaufschiebbar: Vor allem in den Kohlenländern sollte der Fortschritt mehr in der Richtung der unmittelbaren Kohleausnutzung an Stelle des einstweilen unentbehrlichen, aber doch kostspieligen, wehrtechnisch bedenklichen und letzten Endes unzureichenden Umwegs über die Hydrierung gesucht werden.«

Damit erfährt die militärische und die wirtschaftliche Aufrüstungspolitik der Nationalsozialisten eine entschiedene Verurteilung. Daß sie dem deutschen Volke unerträgliche Lasten aufgebürdet, daß sie die politischen Spannungen in der Welt verschärft und die Gefahr eines neuen Krieges viel näher gebracht hat, für diese schwere Schuld haben die Nationalsozialisten allein die Verantwortung zu tragen.

stark gewesen, »daß vorübergehend Empfängerinnen von Ehestandsdarlehen zugelassen werden müßten«. So wird auseinandergerissen, was Gott und Hitler zusammengefügt hatten, offenbar, weil das Einkommen des jungen Ehemannes nicht ausreicht, um auch noch Frau und Kind zu ernähren. Alljährlich werden zahlreiche weibliche Arbeitskräfte von den Arbeitsämtern des Ruhrreviers für die Cuxhavener Fischindustrie angefordert. »Im Gegensatz zu den Vorjahren haben sich jedoch bisher nur wenig Frauen zu diesen Arbeiten gemeldet.« Bei dem Mangel an weiblichen Arbeitskräften können es sich eben die Frauen leisten, auf eine unangenehme Beschäftigung fern von ihrem Heimatsort zu verzichten.

Auch in früheren Konjunkturjahren hatte sich Mangel an Facharbeitern gezeigt, wenn er auch längst nicht so katastrophal war wie im Dritten Reich. Aber niemals, auch in den günstigsten Jahren nicht, hatten weibliche Arbeitskräfte gefehlt. Ihr Fehlen kann also nicht dadurch verursacht sein, daß der Hitlerrückenschwung ein Übermaß an Arbeitsgelegenheit geschaffen hat, sondern dadurch, daß ein Übermaß brauchbarer Arbeitskräfte der gewerblichen Arbeit entzogen wird, um im Heeresdienst und Arbeitsdienst verwendet zu werden. Es ist also die militärische Kriegsvorbereitung, die die allgemeine Arbeitsqualität verschlechtert und damit die industrielle Kriegsvorbereitung hemmt.

Brotverfälschung auch im neuen Getreidejahr

Die weitgehende Devisensperre für die Lebensmittelzufuhr hat die Hitlerregierung in dem jetzt zu Ende gehenden Getreidejahr zu einer empfindlichen Qualitätsverschlechterung des täglichen Brotes gezwungen. Nachdem schon durch die Heraufsetzung der Ausmahlungsätze für Weizen- und Roggenmehl das Brot und das Weißbrot eine Qualitätsverschlechterung erfahren hatte, wurde im März d. J. die Beimischung von Maismehl zum Weizenmehl verordnet. Wenige Wochen später erging an die Bäcker eine neue Anweisung, nach der sie auch Altbrot wieder zum Backen verwenden durften. Es wurde ihnen ausdrücklich vorgeschrieben, dies Altbrot so in der Teigmasse zu verarbeiten, daß es vom Konsumenten in dem neuen Brot nicht festgestellt werden kann.

Die Nationalsozialisten haben bei der Einführung dieser Brotverfälschung in den Pressekommentaren so getan, als ob es sich dabei nur um vorübergehende Maßnahmen handle, die mit dem Ende des laufenden Getreidejahres wieder aufgehoben werden würden. Sie haben damit das deutsche Volk belogen. Da sie nicht daran denken, die Einfuhr von Rüstungsrohstoffen zu bremsen und die Devisen für eine bessere Ernährungsversorgung des deutschen Volkes zur Verfügung zu stellen, wollen sie in dem neuen Getreidejahr nicht nur die bisher angewandten Verfälschungen des Brotes fortsetzen, sondern sie wollen das tägliche Brot sogar noch minderwertiger machen.

Den Ankündigungen, die der Vorsitzende der Hauptvereinigung der deutschen Getreidewirtschaft, Zachrnt, vor ausgewählten Vertretern der Bauern, des Lebensmittelhandels und der Lebensmittelindustrie, gemacht hat, ist jetzt eine Verordnung gefolgt, die die Beimischung zum Weizen- und Roggenmehl noch verschärft und neu bestimmt, daß dem Roggenmehl Kartoffelwaismehl und eventuell noch andere Backprodukte beizumengen sind.

Damit ist das deutsche Volk nach vier-einhalbjähriger Dauer der Hitlerregierung endlich soweit, daß es sich wieder mit dem berüchtigten und ekelhaften Kriegsbrot ernähren muß. Wenn es dazu noch im Frieden gezwungen wird, wie wird es dann erst um seine Ernährung bestellt sein, wenn der Krieg grauenvolle Wirklichkeit werden sollte.

Die nationalsozialistische Wetterfahne

Auf Grund des Gesetzes »zum Schutze der nationalen Symbole« wurden in Deutschland sieben verboten:

- Formen zum Gießen von SA-Männern aus Zucker
 - Weckeruhren mit eingebauter Horst-Wessel-Lied-Walze
 - Weinlöffel mit Hakenkreuzumrandung
 - Wetterfahnen mit dem Hakenkreuz
- Vor allem der Wetterfahnen-Fabrikant wird — mit Recht — nicht begreifen, wie jemand seine echt nationalsozialistische Gesinnung anzweifeln kann. Uebrigens ist die Herstellung von Teppichen mit altnordischen Heilszeichen, Runen und Sinnbildern ausdrücklich erlaubt worden. Getreten werden darf schon drauf. Aufs Dach gehängt werden darf es noch nicht.

Hinein in die Familie, hinaus aus der Familie

Mangel an weiblichen Arbeitskräften

Vom Nationalsozialismus sollte die Frau der Familie und damit ihrem wahren Beruf zurückgegeben, der unseligen Beschränkung der Kinderzahl ein Ende bereitet werden. Das Ehestandsdarlehen sollte den Frauen den Entschluß erleichtern, eine mindestens halbjährige Berufsarbeit mit dem Stand der Ehe zu vertauschen. Es scheint aber, daß heute mehr Frauen berufstätig sind als jemals zuvor, weil der Mangel an Facharbeitern das Regime zwingt, die billigere Frauenarbeit überall dort einzusetzen, wo männliche Arbeitskraft einigermaßen entbehrlich ist, und dort zu verwenden, wo früher Männerarbeit üblich war. Das hat den doppelten Vorteil, daß die Zahl der für Facharbeiter verfügbaren Kräfte vermehrt und zufolge ihrer Ersetzung durch Frauen das allgemeine Lohnniveau herabgedrückt wird. Von diesem Mittel, dem Facharbeitermangel bezukommen, wird in so ausgiebigem Maße Gebrauch gemacht, daß bereits ein sehr empfindlicher Mangel an weiblichen Arbeitskräften eingetreten ist, und zwar gerade in den Berufen, die bisher spezielle Domäne der Frauenarbeit

gewesen sind. Das geht eindeutig aus einem Bericht der amtlichen Zeitschrift »Arbeit und Arbeitslosigkeit, Anzeiger der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung« vom 11. Juni 1937 hervor.

Im Bericht über das Spinnstoffgewerbe wird gemeldet, in einer größeren Anzahl von Bezirken mache sich ein empfindlicher Mangel an weiblichen Facharbeitern geltend. Weil es an erwachsenen und geschulten Arbeitskräften fehlt, müssen vielfach Ungelernte und Jugendliche zum Ersatz herangezogen werden. In einer niedersächsischen Flachseröste »mußten, da auch im Ausgleich keine Flachschwingerinnen beschafft werden konnten, ungelernete Kräfte zum Anlernen eingestellt werden.« In Westfalen wurden vor allem weibliche Jugendliche als Anlernlinge eingestellt. »In sächsischen Spinnereien und Webereien »besteht fast überall Mangel an weiblichen Fachkräften«, weil eine größere Anzahl von männlichen Textilarbeitern in den Außenberufen Arbeitsgelegenheit gefunden hatte. Deshalb »mußten jüngere Ungelernte eingestellt und verheiratete Frauen zurückgerufen werden«. Von der

schlesischen Porzellanindustrie mußten jugendliche weibliche Kräfte als Anlernlinge eingestellt werden, denn »der Bedarf an perfekten Gläserinnen konnte nicht gedeckt werden«. Die Papierverarbeitungsindustrie meldet aus Westfalen, unter den neuangestellten weiblichen Kräften befinde sich eine größere Anzahl verheirateter Frauen, da genügend ledige Arbeiterinnen nicht zur Verfügung stehen. »In Mitteldeutschland wurden im Bezirk Halle weibliche Arbeitskräfte zum Anlernen eingestellt.« In Hessen konnte das Arbeitsamt Frankfurt zur Herstellung der Arbeitsbeschaffungslose rund 300 Hilfsarbeiterinnen in Arbeit bringen, wobei hauptsächlich auf ungelernete Kräfte zurückgegriffen werden mußte.«

Aber auch die jugendlichen und ungelerneten Kräfte werden immer rarer, offenbar weil sie von Arbeitsdienst, Landhilfe, BDM usw. absorbiert werden. In der Seidenindustrie Südwestdeutschlands »ist die Beschaffung der weiblichen Jugendlichen schwierig«. Die Etuiindustrie des Bezirkes Jena, die mit Aufträgen gut versehen war, hat zum Überziehen von Koffergeräten für die Radioindustrie weibliche Kräfte gesucht, sie aber nur in beschränktem Umfang beschaffen können. Aus Pommern wird berichtet, der Arbeitsanfall in den Damenkleiderfabriken sei so

Spaniens langer Kampf

(Von einem besonderen Korrespondenten)

M. Madrid, Anfang Juli 1937.

Der spanische Bürgerkrieg tritt, wenn diese Zeilen im Druck erscheinen, in sein zweites Jahr ein. Wie oft, verbirgt sich auch hier hinter der Quantität — der langen Dauer — eine Qualität: aus der Meuterei einiger Generale gegen eine demokratische Regierung ist dieser Bürgerkrieg emporgewachsen zu einer ersten, entscheidenden Kraftprobe, vor die der Weltfaschismus die antifaschistischen Kräfte Europas stellt.

Es läßt sich, da es in der Geschichte kein Retortenexperiment gibt, nicht mit Gewißheit sagen, wie lange der Bürgerkrieg als reinspanische Angelegenheit wohl gedauert hätte. (Wobei man obendrein die Frage aufwerfen muß, ob ohne die vorherige Zusage ausländischer Hilfe die Franco und Mola ihr Abenteuer überhaupt gewagt hätten.) Aber sicher würde sich nach relativ kurzer Zeit das Scheitern des Militärputsches herausgestellt haben. Denn alle geschichtliche Erfahrung lehrt, daß Militäraufstände, die zu Beginn ohne entscheidenden Erfolg bleiben, sehr rasch infolge von Entmutigung und Abfall zerbröckeln, dieweil nun einmal der Berufssoldat ohne die berühmten »51%« Erfolgsaussichten nicht gern seine Haut zu Märkte trägt! Eine solche Phase der Entmutigung haben auch die Meuterer durchgemacht, als die Nachrichten vom Scheitern der Revolte in Madrid, Barcelona, Valencia usw. eintrafen. Aber sie überwandten sie dank der damals schon einsetzenden deutsch-italienischen Hilfe, die es ihnen ermöglichte, das in Rebellenhänden verbliebene Gebiet gegen die ungelübten Streitkräfte der Regierung zu vergrößern und den Vormarsch auf Madrid anzutreten.

Der internationale Charakter des spanischen Bürgerkrieges ist dann von Monat zu Monat schärfer hervorgetreten. Die rechtmäßige Regierung hat an sich die Richtigkeit eines Wortes des alten Nicolaus Machiavelli erfahren müssen, der in seiner Abhandlung vom Kriege schreibt: »Männer und Waffen, Gelder und Brot sind die Grundbedingungen jeder Kriegführung. Aber von den vier sind die beiden ersten die wichtigsten. Denn Männer und Waffen finden leichter Gelder und Brot, als umgekehrt Gelder und Brot Männer und Waffen finden.« — Es hat die spanische Regierung, obwohl sie über die entscheidenden Wirtschaftszentren und über den Goldschatz des Landes verfügte, schwere Mühe gekostet, in den Besitz von Waffen und kampfgelübten Männern zu kommen, und dieser Zeitverlust hat sich als Verlust von Gebieten und Städten gegen sie ausgewirkt. Man muß hier allerdings gleich hinzufügen, daß eine Hauptschwierigkeit für sie jene verhängnisvolle Nichteinmischungspolitik schuf, die sich schon in ihren Anfängen praktisch als eine Politik der Behinderung der rechtmäßigen spanischen Regierung ausgewirkt hat.

Je besser es dann der rechtmäßigen Regierung glückte, in den Besitz von »Männern und Waffen« zu gelangen, desto deutlicher trat der internationale Charakter des Krieges zutage. Das Heer, über das die Regierung heute verfügt, ist zweifellos den Söldner- und Marokkanertruppen, über die Franco zu Beginn seines Abenteuers kommandierte, fünf- oder zehnfach überlegen. Wenn diese Überlegenheit sich bisher noch nicht auswirken konnte, so liegt das weit weniger an den von Franco inzwischen vorgenommenen Zwangsrekrutierungen als an der Hilfe, die er durch deutsche Spezialtruppen und durch geschlossene italienische Formationen empfangen hat. Alvarez del Vayo hat die Zahl allein der in Francos Reihen kämpfenden Italiener in Genf auf ca. 70.000 angegeben. Unter Einschluß der Deutschen und Mauren besteht heute sicher das Franco-Heer zu mehr als einem Drittel aus Nichtspaniern!

Der spanische Bürgerkrieg ist aber nicht nur eine Auseinandersetzung zwischen demokratischen und faschistischen Regierungsprinzip, er trägt auch — wie könnte es anders sein! — wirtschaftlichen und sozialen Klassencharakter. Aber man darf sich durch dieses Wort nicht irreführen lassen. Es bedeutet nicht, daß die

Parole: »Hie Kapitalismus — hie Sozialismus«, die ihn allein beherrschende ist. Auch die französische Revolution von 1789 trug Klassencharakter, aber sie stellte dar den Kampf der bürgerlichen Klassen gegen den Feudalismus. In Spanien bestanden bis vor ganz kurzem so gewaltige Reste des Feudalismus — Riesenbesitz des Adels und des Klerus —, daß hiergegen ein Bündnis des Stadt- und Landproletariats mit bürgerlichem Kleinbesitz, Mittelschichten und Intelligenz möglich war, und diesem Bündnis zulleibe ist der größere Teil des Proletariats noch jetzt bereit, sich mit einer sozialistischen Teil-, richtiger gesagt: mit einer sozialistischen Anfangslösung zu begnügen.

Natürlich ist es für jeden Geschichtskenner selbstverständlich, daß ein Bürgerkrieg in einem Lande des zwanzigsten Jahrhunderts die vorher mehr oder weniger latenten Klassengegensätze zur vollen Evidenz bringen muß. Sobald Landarbeiter und Industrieproletariat mit der Waffe in der Hand gegen die Söldner der Feudalherren und des Großkapitals kämpfen, entsteht die Frage nach dem Eigentum am Grund und Boden, an den Fabriken und Betrieben. Aber die Lösung der Frage vollzieht sich doch eben nach Maßgabe der am Kampfe beteiligten Gesamtkräfte. Sie hat sich in Spanien bisher in einer Weise vollzogen, die als »radikal« nur der bezeichnen kann, der vor dem Absterben des Kapitalismus manchesterlicher Observanz in unserer Epoche einfach die Augen verschließt.

Jedenfalls hat das Maß der in Spanien vollzogenen sozialen Aenderungen hingereicht, um Franco außer der offenen Hilfe der faschistischen Staaten die Sympathie der Bourgeoisien der demokratisch-kapitalistischen Länder einzutragen. Dies erklärt die unentschlossene, unklare, zweideutige Politik jener Staaten. Politisches Machtinteresse und reines Klasseninteresse der englischen und der französischen Bourgeoisien liegen in Widerspruch miteinander.

Man erinnert sich — oder erinnert sich kaum noch — jener famosen englischen Vermittlungsvorschläge, die darauf hinausliefen, die Staatsmacht oder das Staatsgebiet in natura zwischen den streitenden Parteien aufzuteilen. Vom Standpunkt der spanischen Verhältnisse aus waren diese Vorschläge das reine Irrenhaus, vom zwiespältigen Standpunkt der englischen Bürgerinteressen dagegen durchaus logisch: für sie schien es am besten, keiner der beiden kämpfenden Teile bliebe Sieger!

Aus diesem Zwiespalt heraus haben die Westmächte lange genug dem verbrecherischen Spiel der faschistischen Staaten tatenlos zugesehen, sie haben sich mit dem Schein der Nichteinmischung begnügt und einfach die Augen davor geschlossen, daß ihre Vertragspartner, während der Nichteinmischungspakt sie band, ganze Armeen nach Spanien verfrachteten. Erst als die durch solche Schwäche übermütig gemachten totalitären Staaten nicht einmal mehr den Schein zu wahren sich geneigt zeigten, beginnt eine Aenderung der bisherigen Haltung sich abzuzeichnen. Das staatliche Macht- und Selbstbehauptungsinteresse schickt sich an, die Klassensympathien der englischen und französischen Bourgeoisie zu überwinden.

Dieser Prozeß hätte sich freilich nicht vollziehen können, falls es Franco gelungen wäre, im ersten Kriegsjahre die spanische Republik über den Haufen zu rennen. Abessinien wäre seinerzeit vielleicht gerettet worden, wenn es imstande gewesen wäre, sich ein Jahr statt eines halben zu behaupten. Die Unfähigkeit des unzivilisierten Landes, sich auf moderne Kriegführung umzustellen, ist sein Verderb gewesen.

Die spanische Republik aber hat bewiesen, daß sie kein Abessinien ist. Man muß das intelligente, anstellige, lerneifrige spanische Volk nur ein wenig kennen, dessen Unwissenheit allein das Ergebnis feudalistischer Lotter- und Mißwirtschaft ist,

um das Unpassende des ganzen Vergleichs zu empfinden. Nicht ausländische Hilfe hat die spanische Republik so sehr über das Kriegsjahr gerettet, als die vorzügliche Fähigkeit des spanischen Volkes, sich mit geringer Anleitung und Unterweisung selber zurechtzufinden. Die internationalen Brigaden schon rein zahlenmäßig mit der italo-deutschen Hilfe an Franco nicht zu vergleichen, haben dem spanischen Volke nicht die Last und Verantwortung des eigenen Kampfes abgenommen, sondern ihm das Beispiel einer modernen Kampftruppe geliefert, das heute schon von Dutzenden spanischer Brigaden übernommen worden ist.

Doch worauf es in unserer Betrachtung ankommt: für die spanische Republik ist es tatsächlich im nationalen wie im internationalen Maßstab ein großer Erfolg, das erste Kriegsjahr im wesentlichen intakt durchgestanden zu haben. Man hüte sich, diese Tatsache als Erfolg zu unterschätzen, man hüte sich, die Situation nach einzelnen Rückschlägen zu beurteilen, die unausbleiblich waren, solange man im wesentlichen in der Defensive kämpfte. Das wesentliche Kennzeichen der Situation ist nach Ablauf des ersten Kriegsjahres folgendes: die spanische Regierung kann jetzt jederzeit aus eigener Kraft über die Meuterer siegen; diese dagegen sind absolut abhängig von einer ausländischen Waffenhilfe, die von Monat zu Monat wachsen müßte, um zum Erfolg zu führen. Entschließen sich die Westmächte, wozu sie politisch und militärisch imstande sind, mit der ausländischen Einnischung Schluß zu machen, so ist Franco schnellstens verloren, es sei denn der um die Achse Rom-Berlin kreisende Faschismus riskiert den Weltkrieg in einer Lage, die totsicher zum Zusammenbruch sämtlicher faschistischer Systeme führt. Aber dann wird Franco erst recht das Schicksal seiner Bundesgenossen teilen.

Ludwig Büchners Wiederkehr

Rusts »Kraft und Stoff« — Die neue biologisch-zoologische Weltanschauung

»Nur die oberflächlich gekostete Philosophie führt von Gott hinweg, die ganz und völlig erschöpfte aber führt zu ihm zurück.«
Reichsminister Rust nach Baco von Nerulam.

In voller Schamlosigkeit, begleitet von langen Berichten in der deutschen Presse, haben sie die 200-Jahrfeier der Universität Göttingen zelebriert, die bereits in Spott und Gelächter der Hochschulen aller Erdteile zu versinken schien. Die abgeschiedenen Geister der Göttinger Sieben, gewöhnt an so viele feige Preisgabe des Gelehrtenstolzes im Dritten Reiche, werden es dem Rektor Naumann nicht besonders anmerken, daß er seine Führer als den schöpferischen Wegbahner einer deutschen Wissenschaftslehre bekränzte. Denn der Reichsminister Rust hat im Verlauf der Göttinger Veranstaltungen eine rethorische Proklamation vom hakenkreuzgeschmückten Katheder in die Welt erlassen, von der die deutsche Philosophie fortan etwas Ähnliches sagen darf wie Goethe als Augenzeuge der Kanonade von Valmy: eine neue Epoche der Geistigkeit habe begonnen, und sie sei dabei gewesen...

Es ist notwendig, über die Forschungsreise Rusts in wissenschaftliches Neuland knapp zu berichten. Man verdanke, so sagte er, die Gründung der Göttinger Universität dem Kampfesmut von Männern, die gegen dekretierte Dogmen die Vollmacht des forschenden Geistes beanspruchten und die unabhängige moderne Wissenschaft begründeten. Mit hurtiger Zunge vermag ein brauner Minister solch einen Satz zu sprechen, ohne daß er sich verschluckt. Aber später, vor allem im neunzehnten Jahrhundert, in dem der Liberalismus und sein noch viel schlimmerer kleinerer Bruder, der Marxismus, die Wurzeln freier deutscher Wissenschaft benagt hätten — da sei dieses »feingeschliffene

Instrument« in falsche Hände geraten, weil man nämlich keine feste Weltanschauung besessen habe. Jetzt aber... jetzt habe man, dank Hitler und Rosenberg und ihm, Rust selber, die ewig haltbare Brücke zwischen Erkennen und Glauben gefunden! Jetzt sei endlich die »neue Lage« da: dadurch nämlich, daß die Wissenschaft den Gedanken der Rasse und der Vererbung zu erfassen und durcharbeiten begonnen habe!

Wer aber spendete den Schlüssel zu diesem bisher uneröffneten Weltanschauungstor? Rust ließ seine Hörer nicht lange hangen und bängen. Das habe die Biologie getan. Sie habe den Mut gehabt und die Redlichkeit des Gedankens. Sie habe »die ewigen Gesetze des natürlichen Daseins dem Dogmenglauben gegenübergestellt und damit die Wissenschaft vom Eise befreit.«

Das also war das »Neue«. Man braucht nicht lange zu suchen, um zu den Quellen vorzustößeln. Fast genau so, nur etwas weniger schwülstig, steht es in »Kraft und Stoff«, dem 1855 geschriebenen, viel gelesenen, gepriesenen und verlästerten Standardwerk Ludwig Büchners. Es war das erste populäre Bekenntnis zu einem atomistischen Materialismus und trat mit dem Anspruch einer Weltanschauung auf: Deutung der Welt, aller körperhaften und aller seelischen Funktionen aus den polaren Beziehungen des Urstoffes der Materie. Zeitgenosse Darwins, der in den gleichen Jahren seine Zuchtwahltheorien zum ersten Male formulierte und Vorläufer Häckels, der später die »Welträtsel« vollends entlarvte, war Büchner mit Moleschott und Karl Vogt ein Hauptvertreter des philosophischen Materialismus im neunzehnten Jahrhundert, der von niemandem schärfer abgelehnt wurde als von Marx und Engels.

Marx schreibt von Büchners »Machwerk« und spottet über die Annahme, daß man allen Wundern des Lebens auf den Sprung komme, wenn man die Urform sozusagen chemisch fabrizierbar mache. Achtzig Jahre später kehrt die braune Wissenschaftstheorie, wie Rust sich ausdrückte, zum Biologismus als dem fruchtbaren und tragenden Prinzip vom Menschen, verwirklicht im ewigen Gesetz von der Rasse und der Vererbung,« wieder zurück. Ein tragikomischer Kreislauf, denn der Nationalismus wollte doch gerade den deutschen Geist vom Materialismus zum mindesten für die nächsten tausend Jahre erlösen.

Um nicht ungerecht zu sein: etwas Neues ist daran. Die deutsche Philosophie in der Weimarer Ära und lange vorher, war vielseitig um den Nachweis bemüht, daß die Vogt, Büchner, Darwin und Häckel zu den geistigen Nährvätern des Liberalismus gehörten. Vom natürlichen Zuchtwahlgedanken zum wirtschaftlichen Kampf aller gegen alle mit dem Recht der privaten Ellenbogenfreiheit zur Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist nur ein kurzer Schritt. Jetzt aber hat, nach Rust, der Nationalsozialismus auch dieses hohe Erbe mitübernommen:

»Die Biologie ist älter als der Nationalsozialismus. Aber sie wußte selbst nicht, welchen Schatz sie gefunden hatte. Der ursprüngliche Impuls der modernen Wissenschaft reichte nicht aus, um die Lehre von der Vererbung zu einer wirklich neuen Lehre vom Menschen zu entwickeln. Hier zeigt sich der fruchtbare Zusammenhang zwischen Wissenschaft und Nationalsozialismus.«

Fortan weiß das die Biologie, und vermutlich wird Ludwig Büchner dem Schicksal so vieler anderer nicht entgehen: zu einem

ersten Nationalsozialisten ernannt zu werden, mit »Kraft und Stoff« als Vorläufer von Kraft und Freude.

So deutlich wie Rust hat sich bisher keiner der Hüter der nationalsozialistischen Weltanschauung zum »absoluten« Biologismus bekannt. Es ist die Wiedererweckung der tierisch-biologischen Instinkte im mystischen Gewande und als Wissenschaft verkleidet, worin die Rasse als erbliches Fatum geistert. Bei jedem Universitätsjubiläum in Deutschland begannen sich heute die Bekenner der prähistorischen Aera, die sich mit letzter Modernität maskieren. Zum Glück ist es gewiß, daß die deutsche Philosophie diese Epoche ihrer Ausrichtung nach zoologischen Prinzipien unter dem Druck der Diktatur als das unbegreiflichste Phänomen des 20. Jahrhunderts analysieren wird, sobald der deutsche Geist wieder atmen und leben kann. Howard.

Nobelpreisträger Planck — dem »Reibi« geopfert!

Ihn löste Pege Auwi in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ab.

Deutschland berühmtester Physiker, der Nobelpreisträger Max Planck mußte kürzlich vom Vorsitz der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft der Wissenschaften zurücktreten — ein Amt, das ihm Harnack hinterlassen hatte. Kein Nachruf des offiziellen Braun-Deutschland hat den schiedenden Gelehrten geehrt; in der nationalsozialistischen Presse war nur der knappe Vermerk des Rücktritts zu lesen. Warum, da doch wohl Max Planck, sich auf sein Fachgebiet beschränkend, nie eine bescheidene Geste oppositioneller Grundhaltung zum System zu machen für gut befunden hatte? Nun — der weltbekannteste deutsche Gelehrte ist gläubiger Protestant und so etwas wie ein Gehirn- und Charakter-Antipode des Reibi... Sein schlimmster Verstoß gegen die »guten Sitten« im Dritten Reich aber möchte wohl darin bestehen, daß er vor einiger Zeit eines der nicht-katholischen Mitglieder der neugebildeten päpstlichen Akademie der Wissenschaften wurde! Hitlerdeutschland will akademische Stiefelputzer für das totale Regime, möglichst mit allem SS-Graden; wer diesem »Stil« auch nur passiv sich entzieht, wird degradiert und geschöht, gleich welcher nationalen und weltbürgerlichen Verdienste er sich auch rühmen könnte.

Die Nachfolgerschaft in der Leitung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hat übrigens der Stuttgarter Industrielle Bosch angetreten, der sich jetzt mit seinem Standesgenossen Krupp von Bohlen in den Doppelvorsitz teilt. Die Gesellschaft ist damit auch personell zum Patentbüro für braune Vierjahrespläne offenkundig und symbolisch genug abgestempelt. Daß Pege Auwi, Wilhelms einstmal bis auf ein kümmerlich genug erworbenes Doktorat mißratener vierter Sprößling, »alter Kämpfer« und braune Versammlungskanone, nunmehr neben anderen berüchtigten Nazi-Parteifiguren auch ins Kuratorium der Gesellschaft eingezogen ist, mag einem solchen Patentbüro zu besonderem Nutz und Frommen sein!

Auto-Straße

Aus den Aufzeichnungen eines SS-Truppführers.

Es war ein Tag wie keiner noch zuvor. Schon früh um fünf begannen sie zu blasen und Heil zu rufen. Alles war ganz Ohr. Wer gern noch schlafen wollte, kam ins Rasen. Uns freute das. Wir hatten viel zu schleppen und trapsten wie das Vieh auf allen Treppen.

Kaum aus den Häusern, brüllten wir schon laut und fingen gleich gewaltig an zu singen. Die Pauke, wenn man richtig auf sie haut, läßt rings die Fenster fast in Stücke springen.

Man hörte richtig, wie das Kaff erdröhnte und wie die Zivilistenbande stöhnte.

Es geht nichts über wahre Manneszucht. Sie haben uns geschliffen wie die Schweine, erst mal ein Eilmarsch mit Gepäck und Wucht —

»Ihr faules Saupack, spürt ihr eure Beine?« — Bei dreißig Grad im Schatten: »Nieder! Kriechen!«

Wie männlich ist's, nach Schmutz und Schweiß zu riechen.

Ach, wenn man so gebüht wird, Welch ein Glück!

Und mittags dann die Eintopf-Freßkanone, Kartoffeln, Sauerkohl, ein Knochenstück, von Fettigkeit und Kochkunst nicht die Bohne.

Wir hatten noch ganz rabenschwarze Klauen, das half uns all den Dreck gesund verdauen.

Zwei deutsche Zeitungsleichen

„Süddeutsche Monatshefte“ und Ueberseeausgabe des „Hamburger Fremdenblattes“

»Ihr Erscheinen eingestellt — so heißt jedesmal der bündige periodische Sachvermerk aus dem Dritten Reich, wenn Joseph Göbbels wieder einmal eine deutsche Zeitung zu Tode kuriert hat — haben dieses Mal die »Süddeutschen Monatshefte« und die Ueberseeausgabe des »Hamburger Fremdenblattes«, Beide Amputationen am »deutschen Geiste« bedürfen ob der besonderen Trauerumstände, die im Hintergrund der Gräber sichtbar sind, des zeitgenössischen politischen Nachrufes; es waren beide keine »gewöhnlichen« Zeitungsleichen, wie die Reihe der anderen teils kleineren, teils mittleren Provinz-Monitore meist katholischen, früher zentrierten Lebenslaufes, die auf dem jüngsten Totenzettel des »Reichsministeriums für Volksaufklärung« und einer wohlinstallierten »Reichspressekammer« stehen.

Gewiß, die »Süddeutschen Monatshefte« waren schon lange eigentlich mausetot, bevor der braune Abdecker sie holte. Im offiziellen reichsdeutschen »Zeitungskatalog« von 1937 waren sie schon gar nicht mehr als unter den Lebendigen vermerkt und in dem von 1936 hatten sie bereits gestehen müssen, daß sie 902 (in Buchstaben: neunhundertzwei) »völlig zählende Bezieher« über »hauptsächlich Grenz- und Auslandsdeutschtum, Sozialismus und Bolschewismus« unterrichteten. Diese letztere ist ihre eigene, den Katalog zur Verfügung gestellte publizistische Pretention. Man wird den »Süddeutschen Monatsheften« noch in der Gruft nachfühlen können: mit solchen Markenartikeln war wirklich nicht mehr viel zu machen, seitdem eine hundertmal handfestere Nazi-Hauskonkurrenz der Techechophobie (siehe: »Grenzlanddeutschtum!«) oder die nordische Weltrettermission (siehe: »Sozialismus und Bolschewismus!«) mit bedeutendem solidem Geschäftssinn betreibt. Wo das eine bescheidene Tippfrüklein in den »Süddeutschen Monatsheften« nur ein paar gewissermaßen verlegene Exemplare unter Kreuzband monatlich packte, spielen Ebers Rotationsmaschinen jetzt ganze Kilometer »Grenzlanddeutschtum« und »Bolschewismus« täglich aus, einschließlich der »Nationalsozialistischen Monatshefte«, die Herr Hitler — jeder Zoll ein Kaufmann — so klug nach dem arteigen Vorbild in der Münchener Nachbarschaft zu benennen wußte. Und was wäre der Professor Coßmann, der die »Süddeutschen« besorgte, heute noch gegen den strahlenden Halbgoß Rosenberg mit Blutorden und allen SS-Graden, der die »Nationalsozialistischen« für ein oder mehrere hunderttausend Pflicht- und Ehre-Abonnenten hinausgehen läßt. Es kommt vor, daß die Henne ihr Kücklein im Nest zu Tode drückt. Hier, bei den »Süddeutschen Monatsheften«, hat das Kücken, das ein Elefant wurde, die Henne totgelegen!

Herausgeber der »Süddeutschen Monatshefte« war der Herr Professor Paul Nikolaus Coßmann. Sein Publizistentod ist jetzt so unerfreulich-kümmerlich, wie es sel-

nem ganzen kümmerlichen politischen Leben entspricht; die Geschichte bewahrt sich immer ihre Logik und ihren Stil. Weil Herr Paul Nikolaus Coßmann auf seinem Fachgebiet zu keinem halbwegs grünen Lorbeerblatt kommen konnte — er war Philosoph und Kürschners ja wohl authentischer »Deutscher Gelehrtenkalender« weiß bis heute nichts von ihm zu vermeiden, als daß er einmal vor einigen Jahrzehnten »Elemente der empirischen Teleologie« von sich gab, besann sich der Denker auf seinen journalistisch-politischen Ehrgeiz. Das allein schon machte den Fall fatal. Er wurde hoffnungslos, als Herr Coßmann dem Drang nicht mehr entgegen konnte, durch Aufspürung der »Dolchstoßler« von 1918, die bisher immerhin nur eine schemenhafte und höchst nebulöse Existenz in gewissen Radauveranstaltungen des Escherich-Bayern oder in Münchener Stammtischgesprächen zwischen Weißwurst und vier Halben gespielt hatten, den weiß-blauen Cicero — in Catilina! — zu spielen. War der Versuch einer solchen Kriminologie der Weltgeschichte bereits verräterisch genug im Hinblick auf die geistige und charakteristische Qualifikation dessen, der ihn machte, das Resultat war noch unendlich peinlicher! Denn Herr Coßmann hatte sich stark gemacht — ein Gernegroß der Münchener Anfänge des eigentlichen Nationalsozialismus — die deutsche Sozialdemokratie durch Verleumdung erledigen zu können. »Einen halben Meter vor dem Endsieg« hätte die unterirdische Propaganda des »Sozialismus und Bolschewismus« Deutschland 1918 um den Siegespreis im Felde gebracht; Landesvertreter also säßen heute usw. usw...

Die deutsche Sozialdemokratie, vertreten durch ihr Münchener Parteiorgan, führte dann damals den berühmten »Dolchstoßprozeß« gegen Coßmann dadurch, daß sie ihn gezwungen hatte, wegen Ehrenbeleidigung vor dem ordentlichen Gericht zu klagen und dort für seine Behauptungen, aus denen die Ehrenbeleidigung resultierte, einzustehen. Der Prozeß wurde zu einer der ganz großen Entscheidungen des Nachkriegsdeutschland, weniger vielleicht in der unmittelbaren politischen Wirkung, als in der grundsätzlichen geistigen Klärung zwischen dem einen und dem anderen Deutschland: dem anständigen und dem unanständigen, dem durch den Krieg moralisch verlotterten und verwahrlosten und dem, was gestern noch da war und morgen wieder sein wird. Der Prozeß, der tagelang in umfangreichsten Gerichtsprotokollen für die Nachwelt erhalten, Er war um so notwendiger auch gerade vom Standpunkt einer wahrheitsliebenden deutschen Geschichtsforschung, als einige Jahre vorher die ähnlichen Klärungsversuche des Reichstagsausschusses am Verhalten der damaligen Hauptzeugen, Hindenburgs und Ludendorffs, die mehr die eigene Reputation, als das deutsche Wahrheitsinteresse zur Grundlage ihres

Auftretens machten, scheiterten, weil gerade das Wesentliche unter Privatrenommistereien unaufgeklärt und verschleiert blieb. Das Urteil aller kompetenten Sachverständigen, die damals in München zur Verurteilung kamen, der militärischen und der zivilen, und damit das Urteil des Gerichts war: Nie hat es einen Dolchstoß gegen die deutsche Wehrmacht im Kriege gegeben, erst recht nicht einen, den deutsche Sozialdemokraten geführt hätten; nicht die Politiker, sondern die Militärs haben die deutsche Sache im Kriege verloren gemacht! Es war Herr Coßmann, der so tatsächlich die historische Figur wurde, die er gerne hatte spielen wollen. Freilich wurde er es etwas anders, als er es sich gedacht hatte. Wenn Hitler — trotz jenes Münchener Prozesses — die Coßmannsche Theresien-Gewinnung als seine eigene in seinen Radauveranstaltungen weiter um sich schlagen ließ, so handelte er von da ab wider besseres Wissen und nach Moralbegriffen, die nichts mit denen zu tun haben, die sonst das Sittengesetz — auch im politischen Leben — formieren sollten.

Der andere Todesfall — Ueberseeausgabe des »Hamburger Fremdenblattes« — ist weniger ins Komödienhaft-Menschliche, aber sicher im selben Maße ins Politische des deutschen Nachkriegsschicksals verstrickt. Generationen deutschen Betätigungsdranges in der Welt und deutschen Verbundenheitsgefühls mit dieser Welt war dieses Papier geradezu sakramental. Das war immer mehr »Verständigung mit England« in drei Zellen, auch wenn sie oft genug polemisch gegen den »Vetter« gehalten waren, als drei Simon-Besuche beim »Führer« oder zwanzig London-Einladungen Neuraths. Hier war bisher noch etwas tätig von Ballins Geist, der immerhin die Hapag aufbaute, und nicht von dem Ribbentroppe, der es nur bis zum Einbau eines Privatkinos in seinem Botschaftergebäude an bisheriger »Gestaltungskraft« gebracht hat. Wer denkt nicht an jenen Hamburger Kaufmann Stahmer, den die Republik zum deutschen Vertreter in England nach dem großen Kriege machte und der dort — in jenem Geiste, für den zuerst Ebert, dann Stresemann die ganze innere deutsche Verantwortlichkeit auf sich nahmen — moralische Vermögen erworben hat für seine Heimat, die heute Gangster am Roulette ihres borussisch-militaristischen Abenteuers wieder verspielen und drauftun können?

F. E. Roth.

„Politik im Kriege“

Man kann, wenn man im öffentlichen Leben steht, seine Frau nicht überall hin mitnehmen. Das ist kein Fehler. Öffentliches Leben ist Kampf, Politik ist Krieg und der Soldat nimmt neben Gewehr, Patronen usw. ja auch nicht noch seine Frau mit ins Manöver oder gar in den Krieg. »Fridericus«.

Dann aber kam der herrlichste Momang. Er selber! Er! Wir standen wie die Säulen, er stob im Zwölfzylinder an uns lang. Ich schniefte einmal auf, um nicht zu heulen. Wer von uns allen wagte das zu hoffen? Dann fuhr er weg und ließ den Auspuff offen.

Wir atmeten den heldisch herben Duft, wir drängten uns begierig in die Nähe. Die Peitsche neben ihm — der war ein Schuft, der nicht in ihr das Herrschaftszeichen sähe, bereit, das letzte für ihn hinzugeben — — Es war der schönste Tag in meinem Leben. Der schönste Tag — in meinem ganzen Leben! A. Lindhorst.

Dramatiker gegen Diktatur

Elmer Rice »Judgement Day«.

Elmer Rice ist ein bekannter amerikanischer Dramatiker. Seine Stücke »Street Scene« und »The Adding Machine« sind mit großem Erfolg über die Bühnen gegangen. Vor kurzem wurde ein neues Stück von ihm »Judgement Day« (»Tag des Gerichts«) im Londoner Strand-Theater aufgeführt.

Elmer Rice hat diesmal das Theater im Sinne Schillers zur moralischen Anstalt gemacht. Mit demselben Recht, wie die »Räuber« könnte auch sein neues Stück der Spruch »In Tyrannos!« zieren. Nach der letzten Szene erhob sich das Publikum spontan zu brausenden Demonstrationen.

»Judgement Day« spielt in einem Lande des südwestlichen Europa. Der Diktator und Führer der siegreichen Nationalpartei heißt »Vesnic«. Edelrasse ist die slavische. Sie gilt als rein, wenn sie keine romanische, jüdische oder germanische Beimischung hat.

Recht ist, was dieser slavischen Edelrasse nützt, und ihre Personifikation ist der Führer der Nationalpartei. Darum lautet der landesübliche Gruß: »Heil Vesnic!«

Aber noch ist die Opposition, die Volkspartei nicht tot; ihr gefangener, zum Tode verurteilter Führer, Alexander Kuman, besitzt im Lande noch viel Sympathien. Da erfährt die Welt eines Tages, daß auf den Diktator Vesnic ein Attentat verübt worden ist.

Amlich stellt sich die Sache so dar: Der Führer empfing die Frau des zum Tode verurteilten Führers der Volkspartei Alexander Kuman, Lydia, um von ihr ein Gnadengesuch für ihren Mann entgegenzunehmen. Doch erklärte der Führer, daß es für Volksvertreter keine Gnade geben könne. Darauf gab die Frau einem Mann, der sie auf ihrem Bittgang begleitete, einem Deutschen namens Schneider, ein Zeichen; Schneider zog einen Revolver, feuerte auf den Führer und verletzte ihn am rechten Arm. Schneider und Lydia Kuman wurden sofort verhaftet, später auch der Sekretär der Volkspartei, Georg Khitov, da einwandfrei festgestellt wurde, daß das verabscheuenswürdigste Attentat von der Volkspartei angestiftet war.

Das Stück spielt im Gerichtssaal und stellt den großen Schauprozeß dar, der gegen Lydia Kuman, Khitov und den Deutschen Schneider geführt wird. Schneider, durch Mißhandlungen verblödet oder durch Gifte betäubt, sitzt teilnahmslos da. Lydia und Khitov dagegen verteidigen sich mit Temperament und Geschick. Sie sind unschuldig und können beweisen, daß sie es sind. Während eingeschüchterte oder gekaufte Zeugen

beschwören, daß sie am Abend vor dem Attentat die drei Angeklagten in einem Café beieinandersitzend gesehen hätten, schält sich aus dem Beweisverfahren immer deutlicher die Wahrheit heraus: Schneider hat mit der Volkspartei nicht das geringste zu tun, das Attentat ist von dem brutalen und intriganten Polizeiminister, General Rakowski, selbst inszeniert worden; der Schuß ist in den Spiegel gegangen und der Arm, den der Führer mit heroischer Leidensmiene in der Binde trägt, ist offenbar völlig gesund.

Das Beweisverfahren ist geschlossen, die fünf Richter beraten unter sich. Drei sind von der Schuld der Angeklagten überzeugt oder tun wenigstens so. Einer kämpft für den Freispruch, der Vorsitzende schwankt. Der Richter, der für den Freispruch kämpft, ist ein Graf Slatarski, ein Konservativer, der noch an den Rechtsstaat glaubt. Lange dauert die Beratung der Richter, während das Volk und die ganze Welt in leidenschaftlicher Spannung ihren Spruch erwarten. Da poltert in ihr Beratungszimmer der Polizeiminister, General Rakowski, herein.

In drohendem Ton fordert Rakowski ein einstimmiges Todesurteil. Er sagt auch, warum er das tut. In einer Vorstadt ist es zu einer gefährlichen Erhebung gekommen. Die Polizei hat versagt und über die Köpfe der Menge hinweggefeuert. Der zum Tode verurteilte Führer der Volkspartei, Alexander Kuman, ist nicht, wie amtlich und fälschlich behauptet wurde, im Gefängnis eines plötzlichen Todes gestorben, sondern er ist entsprungen und organisiert inmitten seiner Anhänger den Aufstand. Die Regierung kann unter solchen Umständen eine Niederlage

Glauben sollt ihr!

Die braunen Studentenorgane haben sich immer wieder mit der wachsenden Meckerei auseinandersetzen. Man meckert nicht einfach drauflos, meint das Zentralorgan des NS-Studentenbundes, man geht mit seinen Beschwerden an die vorgesetzte Stelle:

„Wir gehen mit unserer Sorge zu dem, und nur zu dem, den es angeht, der Bescheid weiß und in der Lage ist, Abhilfe zu schaffen, weil er vielleicht selbst die Macht dazu hat oder mit denen weiter oben alles zu besprechen pflegt, was an der Front sich ereignet. Nur dieser hat das Recht, unsere Bedenken zu hören, denn er allein ist in der Lage, erschöpfend Auskunft zu geben oder erforderlichenfalls Abhilfe zu schaffen.“

Das haben seit 1933 Verschiedene versucht, aber der braune Sumpf duftete damit nicht erträglicher. Dagegen wurden manche Kritiker, die zu dem einen gingen, wegen mangelnder guter Gesinnung auf die schwarze Liste gesetzt. Was aber ist sonst noch dagegen zu tun, daß die braune Ideologie in einen immer krasserem Widerspruch zur Wirklichkeit gerät? Eine andere Studentenzeitschrift, nämlich die Würzburger, sagt dazu:

„Gerade der Akademiker wird schon als Student oft mit Leuten zusammenkommen, die es auf kluge Art und Weise verstehen, Fragen so zu beleuchten, daß er zweifeln muß, ob diese Frage vom Standpunkt seiner Weltanschauung aus richtig beantwortet werden kann, daß er glaubt, in diesem Falle von seiner Weltanschauung abzuweichen zu müssen, wenn er richtig denken will.“

Es ist nicht einfach, den Nationalsozialismus nicht nur als politischen Faktor zu sehen, sondern ihn als richtunggebenden Faktor in allen Dingen des Lebens überhaupt einzusetzen, nicht einfach deshalb, weil dafür eine ganz bestimmte Geisteshaltung Voraussetzung ist, zu der sich jeder selbst durchringen muß.“

Nein, das ist bestimmt nicht einfach, drum lautet das braune Rezept in einfacherem Deutsch: Wenn du an der Nazi-Ideologie zweifeln mußt, so ist nicht diese verlogene Phraseologie, sondern deine falsche Geisteshaltung schuld. Der Glaube macht selig, zweifeln ist Sünde. Darauf laufen auch die Glaubensdogmen der christlichen Kirche hinaus. Was an dieser Kirche ethisch ist, wird von den Nazis zerstört, was daran seit je lebensunfähig und reaktionär war, wird von den »Erneuerern« übernommen. In der Not frisst der Teufel Pfaffen sprüche.

Der lädierte Mythos

Niederlage Rosenbergs und der Neuheiden.

Die Befürchtungen der Nazipresse, daß der 19. deutsche Historikertag die Geschichte des Christentums nicht zugunsten der Neuheiden behandeln werde, haben sich als berechtigt erwiesen. Vor allem der junge Leipziger Historiker Wilhelm Heimpel und der braune Geschichtsbeter Walter Frank gaben den Mythosanebetern allerhand Saures. Sie betonten, daß dem deutschen Menschen »die christlichen Bestandteile« nicht aufgedrungen worden und nicht leicht ablösbar seien, sondern sie gehörten zu seinem Wesen.

vor Gericht nicht ertragen, sie braucht das einstimmige Todesurteil. Um diesen Zweck zu erreichen, ist der Führer selbst bereit, vor Gericht zu erscheinen und die Richter von der Schuld der Angeklagten zu überzeugen.

Das Beweisverfahren wird also wieder aufgenommen. Aber während der Führer vor dem Richter schreit und gestikuliert und sich um eine eigentliche Aussage herumdrückt, erscheint im Gerichtssaal Alexander Kuman als Führer des stehenden Aufstands und fordert Vesnic auf, sich zu ergeben. Eine Kampfszene entspinnt sich, bei der Vesnic durch einen Revolverschuß von dem Richter Slatarski getötet wird, worauf dieser sich selbst erschießt. »Nieder mit der Tyrannei!«, »Es lebe das Volk!« Damit fällt zum letzten Male der Vorhang.

Das Stück ist mit drei anderen desselben Verfassers unter dem zusammenfassenden Titel: »Other Plays — And not for Children« bei Gollancz in London erschienen. Der »Daily Herald«, das große Arbeiterblatt mit seiner Zweimillionen-Auflage, hat es in Fortsetzungen abgedruckt, nachdem ihm der Chefredakteur Francis Williams in einem Leitartikel das höchste Lob gezollt hatte. Williams schilderte den ungeheuren Beifall, mit dem das Werk aufgenommen wurde, um dann fortzufahren:

»Es war eine Huldigung für ein großes Drama. Es war aber noch mehr als das: eine Huldigung für alle, die durch die Tyrannei Kerker, Folter und Tod erlitten, für alle, die auch jetzt noch unter einer grausamen Diktatur leiden in jenen Ländern, die sich von der Freiheit abgekehrt haben... Kultur

Die edlen Spender

»Das ist in der ganzen Welt noch nicht dagewesen...«

»Sie kennen kein Gran von einem Skrupel, keinen Skrupel von einem Skrupel; kein Hindernis, keinen unwahrscheinlichen oder zweideutigen Umstand...«

Shakespeare: »Was Ihr wollt.«

In alten Geschichtenbüchern liest man von morgenländischen Satrapen und Despoten, die von ihren reichgedeckten Tischen ihren Sklaven und Knechten Speisen zuwerfen, um sich an ihren Freuden zu weiden. Sie wollten gut und wohlthätig vor denen erscheinen, die an gewöhnlichen Tagen den Hungerriemen gürteten und den Rücken unter der Knute beugen.

Wir erleben die Wiederkehr des gleichen. Alle Augenblicke laden sie Arbeiter ein, Hitler, Göring und Göbbels. Nahezu jeden Tag liest man in der braunen Presse, daß der Führer eine lange Fahrt »nicht gescheut« habe, um höchstselbst den Arbeitern an Autostraßen oder Prunkgebäuden der Partei die Hand zu drücken und durch ein Aufleuchten seiner Blauaugen zu beglücken. Göbbels fühlt sich am wohlsten, wie er sich zu äußern pflegt, unter »seinen« Arbeitern. Er ladet alte Berliner Proleten ein und erklärt ihnen bei einem Imbiß und einem Glase Bier, daß er nur in der Gemeinschaft der schwieligen Fäuste und im schlichten braunen Rocke richtig Mensch sei und sich ins Diplomatenmilieu mit dazugehörigem Frack nur notgedrungen begeben. Am nächsten Tag steht es so in der braunen Presse.

Knechtische Seelen, von denen es auch in Berlin-Moabit nicht wenige gibt, erstarren vor soviel Leutseligkeit, die man in der kargen und zivilen Zeit der Republik den Arbeitern nicht geboten habe. Man hielt sie damals für mündig und politisch gleichberechtigt. Kein Staatsmann hätte es gewagt, so dreist und so demagogisch unter scheinheiliger Verwischung des sozialen Abstandes zu ihnen herabzustiegen, wie es die braune Führergarnitur in ihrer grenzenlosen Mißachtung des Arbeiters ohne Hemmungen vermag. In der Republik hätte man gefragt: Woher nehmt ihr das Geld? Aus privaten Mitteln? Aus Repräsentationsgeldern? Damals,

in den »Jahren der Schmach«, gab es Interpellationen in den Parlamenten und Rechenschaftsforderungen. Heute schöpft jeder Minister aus kontrollierten Einkünften unkontrollierbar aus dem Vollen und hat es leicht, Gastgeber zu spielen...

In diesen Tagen hat Göring, der uniformierte deutsche Märchenfürst, die Herzen der Berliner Arbeiter durch eine »in der Welt beispiellose Tat« im Sturm erobert, so weit diese Herzen nicht bereits »sine« waren. Er schickte ihnen, wie die gute Fee bei Grimms, Geschenke ins Haus, nämlich Theaterkarten. Nach dem »Angriff« wurde folgende Wirkung erzielt:

»Montag abend: der Arbeiter Karl B. in einem großen Berliner Werk beschäftigt, fährt mit seiner Frau in Sonntagskluft Unter die Linden. Ja, meint er, wir sind heute bei Hermann Göring eingeladen. Das klingt wie ein Märchen und ist auch eins.«

Wie kam es zu diesem Märchen? Die KdF-Warte in den Berliner Betrieben hatten Einladungskarten für mehrere Berliner Theater an die Gefolgschaftsmitglieder großer Betriebe ausgegeben, auf denen mit schlichten Worten gestanden habe: »Wir bitten Sie, Gast des Herrn Ministerpräsidenten zu sein und überreichen Ihnen zwei Karten. Heil Hitler!« Es gab »Raub der Sabinerinnen«, Shakespeares »Was Ihr wollt«, Smetanas »Verkaufte Braut.« Aber es — war, nach dem »Angriff«, nicht der Humor und nicht die Musik, die die Beglückten in Dankbarkeit erschauern ließ. Es war etwas anderes und etwas viel Tieferes, eben das Geschenk, die Privatgabe des Herrn Ministerpräsidenten in den breiten Spenderhosen, wie es der »Angriff« mit folgenden Worten illustriert:

»In den Pausen, auf dem Gang, einerlei, ob sie sich kennen oder eben erst in der gemeinsamen Freude finden, erzählen sie sich von der Überraschung, von der Fassungslosigkeit, mit der sie die Einladung zu heute in der Hand hielten. Ich glaube, meint einer, das ist in der ganzen Welt noch nicht gewesen, daß der Arbeiter so mir nichts dir nichts die schönsten

Aufführungen geschenkt bekommt. Und daß jeder zwei Karten gekriegt hat, fügt ein anderer schmunzelnd hinzu.«

Sicherlich ist etwas Richtiges daran. Es dürfte heute in der ganzen Welt außerhalb des Dritten Reiches nicht vorkommen, daß Arbeiter fassungslos sind vor Dankbarkeit, wenn man ihnen zwei Theaterkarten schenkt. Wer könnte es sonst noch wagen, wie es das Blatt der Deutschen Arbeitsfront tut, Arbeiter vergessen zu machen, was sie sich einmal aus eigener Kraft geschaffen hatten? Die geschulten Berliner Arbeiter besaßen in den Jahren der Schmach und vorher ihre Volksbühne. Sie ließen sich nichts schenken. Sie bezahlten den ersuchten Anteil an der deutschen Theaterkunst selber, und sie waren stolz darauf.

Wenn man die treuen Peges unter den Gefolgschaften ausnimmt, die treu sind aus Urteilslosigkeit und Feigheit; die Masse der Berliner Arbeiterschaft ist nicht dumm genug, um nicht zu fragen, auf welche Weise der Herr Ministerpräsident in den Besitz der von ihm verschenkten Theaterkarten gekommen ist. Sie wissen, daß er nicht in seine Privatschatulle gegriffen hat — deren Herkunft aus öffentlichen Mitteln gerade bei ihm unschwer zu beweisen wäre. Es ist tausend gegen eins zu wetten, daß der allmächtige Diktator der Berliner Bühnen auf anderen Wegen dazu kommt, etwas verschicken zu können; ein Fingerwink genügt, um die Intendanten zur Hergabe von Karten zu veranlassen, die, aus ministeriellen Geheimgeldern verrechnet werden. Widerspruchlos müssen die Arbeiter Gaben der Diktatur annehmen; deren Quelle der an ihnen vollzogene Freiheitsraub ist.

Denn je meilenferner die großen Herren dem Volke sind, je mehr sie sich bereichern und aus öffentlichen Mitteln beschenken lassen: desto unentbehrlicher wird ihnen der Rausch des Lobspruchs und das Denkmal in der Brust des schlichten Mannes. Ihre Blindheit und ihre Eitelkeit hindern sie daran, zu sehen, daß es aus Lehm ist. Harald.

Der Berliner »Westen« (Nr. 187) berichtet über die Ergebnisse der Diskussion:

»Es hieß das Bild der deutschen Geschichte verzerren, wollte man die völkische und die christliche Komponente der deutschen mittelalterlichen Kultur nebeneinander-, oder gar gegeneinanderstellen, und in der Tat konnten solche Vorhaben keiner ernsthaften Kritik standhalten. Wie in den Bildwerken der Dome völkische und christliche Elemente ineinander zu einem ganzen aufzugehen sind, so muß man Karl dem Großen und Widukind, Barbarossa und Heinrich den Löwen zusammen betrachten, wenn man deutschen Charakter und deutsches Schicksal sehen will.«

Auch die Kritik an der Kirche des Mittelalters bedürfte einer anderen, größeren Einstellung:

»Wilhelm Heimpel wies darauf hin, man möge sich einmal ganz bewußt sein, daß der Historikertag in Erfurt, der Lutherstadt, abgehalten wird. In der Tat, auch Luther ist wie das Bildwerk am mittelalterlichen Dom: man kann seine Gestalt nicht erstens als Deutschen und zweitens als Christen (oder in umgekehrter Reihenfolge) betrachten, sondern beides ist in einem verschmolzen.«

Weder Frank noch Heimpel sind für die Nazis leicht auf die Seite zu schieben. Heimpel gehört zu den Jungen, seine Schrift

»Deutschlands Mittelalter« — Deutschlands Schicksal hat in Fachkreisen starken Widerhall gefunden. Die »Frankf. Ztg.« verzeichnet an mehreren Stellen der Erfurter Ketzerreien stürmischen Beifall der Hörer, »auch der jüngeren unter ihnen...« Verschiedene Geschichtsfälschungen und Pfaffenfressereien der »Deutschgläubigen« haben also auf dieser Tagung eine unzweideutige Niederlage und Blamage erlitten. Man kann daran ermessen, wie dumm die braunen Verzerrungen der deutschen Geschichte sein müssen; sie erscheinen selbst der gleichgeschalteten Wissenschaft unerträglich.

kann nur auf dem Boden der Freiheit gedeihen, daran wollen wir, die wir an der Demokratie festhalten, immer denken. Und dieses Stück, glaube ich, wird uns helfen, daran zu denken.«

Wer führt es in einem deutschen Theater auf?

Sterbende Orte

In der Zeitung steht zu lesen, daß die oder jene Fabrik geschlossen wurde. Eine kleine Notiz, im Handelstempel versteckt. Nur wenige sehen es und auch die lesen darüber hin. Eine Fabrik. Nun ja, wieder eine. Wer sieht dabei das Massenlied, das sich hinter der kleinen Notiz verbirgt, wer empfindet beim Lesen jene langsam wachsenden Schrecken, die der Schließung voraus gingen? In einem wuchtigen Roman »Dorf in Scherben« (Verlag Eugen Prager, Bratislava) hat Josef Hofbauer dieses tragische Stück Gegenwart aufgefaltet.

Das ganze Leben des kleinen nordböhmischen Ortes gruppiert sich um die Glasfabrik. Aus einem Bauerndorf wandelte sich der Ort in eine Industriegemeinde. In alle Welt hinaus geht das Glas. Dann bröchen die Rationalisierung, die Krise, die ersten Entlassungen herein. Die Entlassenen bestarren ihr groben Hände, wissen nicht mehr, wozu sie ihnen gegeben wurden. Würgender wird der Griff eines Feindes, der nur zu spüren, nicht zu sehen ist. Wo er ist? Ist es die belgische Gesellschaft, die als Besitzer zeichnet? Ist es das internationale Spiegelflas-Kartell oder die ganze kapitalistische Gesellschaftsordnung? Ein anonym, unheimlicher Gegner, mit dem die Arbeiter um Weiterbestand der Fabrik kämpfen.

Rasch zeigt sich, wie untrennbar das Schicksal der Arbeiter mit dem der Beamten, Geschäftsleute und Bauern verbunden ist. Leidet der Arbeiter, so leiden alle. Täglich sehen sie das Gespenst der Arbeitslosigkeit aller, der völligen Verelendung des Dorfes näher rücken. Schließlich ist es so weit, der anonyme Gegner hat entschieden, am Tor der Fabrik hängt ein Schild: Gesperrt. Hoffnungslose Menschen streichen an den Gittern vorbei und fühlen: Dieses Tor tut sich für uns nie wieder auf. — »Mit hängenden Köpfen schleichen die letzten fort. Die letzten Arbeiter der großen Fabrik. Zerbrochene Menschen. Zu Scherben zerscheit ihr Leben. In Scherben unser Dorf...« Ein beklemmender Schluß und ein typisches Bild von der Peripherie so mancher sudetendeutschen Orte. Ringsum sitzen die Arbeiter und wissen nicht wohn.

Josef Hofbauer, Redakteur des »Sozialdemokraten«, hat lange Jahre in Nordböhmen gewirkt, kennt seinen Stoff, weiß Glasbläser und Glasarbeiter zu schildern. Die Glasblüte ersteht, ein Stück ihrer Geschichte und jener modernen Mechanik, die das alte Glasbläsermännchen zerstampfte. Das Werden und Vergehen einer Liebe ist in diese Welt der Schlackenhalde und Schloten, der Wälder und Berge hinein gezeichnet und wird von der Massentragödie verschluckt. In der Art einer Chronik, untermischt mit den Betrachtungen der Hauptfigur, rollt der Untergang des Glasmacherdorfes vor uns ab. Ruinen alter Ritterburgen ragen von Bergen ins Land — »vielleicht wird man auch später einmal, rückschauend von einer höheren Warte aus, den Verfall unserer Fabriken als geschichtliche Notwendigkeit sehen...« Aber unter den

zusammenbrechenden Fabrikmauern werden Menschen von heute begraben, wehren sich mit Recht gegen diesen Tod, schauen nach Hilfe aus und werden in ihrer Wirrsal leicht Opfer politischer Betrüger. Ohne daß der Dichter seine Geschichte in dieser Richtung weiter spinnt, steht solche Wirrsal und Gefahr stumm und warnend im Hintergrunde, wie ein Schattenriß bekannter, allzu bekannter Gegenwart.

Hofbauer hat vor einem Jahrzehnt in einem packenden, starken Buch den Kampf und Untergang der österreichischen Armee in den Bergen Tirols und Istriens geschildert. Auch in diesem neuen nordböhmischen Roman gibt er Gesehenes und Erlebtes wieder, das alle Menschen angeht. Dies macht Gewicht und Wirkung des Buches aus und hebt es über scheinbare geographische Begrenztheit hinaus ins allgemeine. Im untergehenden Dorf spiegelt sich eine untergehende Wirtschaftsarchitektur.

Kausalität

Die »Preussische Zeitung« Nr. 189 schreibt über die jüdische Einwanderung in Palästina:

»Nach 1933 setzte ein neuer Zustrom ein...«

Warum wohl? Etwa weil die Juden in Deutschland boykottiert, gelichtet, verfolgt und mißhandelt wurden? Aber keine Idee:

...weil das Geldsammeln besonders unter den englischen und amerikanischen Juden leichter vorwärts ging, da man dabei eine handfeste Greuelpropaganda gegen den Nationalsozialismus vom Stapel lassen konnte.

Den Streicher gibt es gar nicht. Die Juden haben ihn zu Geldsammelzwecken frei erfunden.

Die Staatsbeamten als Diener der Partei

Das neue deutsche Beamtengesetz

Mit dem 1. Juli 1937 treten das neue deutsche Beamtengesetz und die Reichsdienststrafordnung in Kraft. Sie ähneln dem für die Arbeiter und Angestellten bestimmten Arbeitsordnungsgesetz wie Zwillingsgeschwister. Schon die Ankündigung dieser Sklavenordnung war in beiden Fällen von den gleichen Kundgebungen der Demütigung begleitet. Mußten die Arbeiter im Januar 1934 im Lustgarten zu Berlin antreten, um durch den großen Mund des Göbbels' ihrem Führer für den Erlaß zur Entrechtung der Arbeit ihren ergebensten Dank abzustatten, so erfolgte diesmal die Dankagung der Reichs-, Länder- und Kommunalbeamten in einer Rundfunkrede des Innenministers Frick mit den Worten:

»Dem Führer ist die Beamtenschaft dankbar dafür, daß er ihr am Ende der ersten vier Jahre nationalsozialistischen Aufbaues durch diese Gesetze das Vertrauen schenkt, als einer der Grundpfeiler des nationalsozialistischen Staates ihm und der Bewegung Gefolgschaft leisten zu dürfen.«

Bisher galt als Beamter derjenige, dem ein Amt, d. h. ein durch öffentliches Recht begrenzter Kreis von staatlichen oder kommunalen Funktionen übertragen war und der in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stand. Nach dem neuen Gesetz können Beamtenstellen nur dort eingerichtet werden, wo es sich um ausgesprochen obrigkeitliche Aufgaben handelt oder

»wo aus Gründen der Staatssicherheit die Arbeit nicht von Angestellten oder Arbeitern versehen werden kann.«

Im § 148/1 werden Funktionen wirtschaftlicher Art oder einfache Büroarbeiten im Verwaltungsdienst von der Beamtentätigkeit ausdrücklich ausgenommen. Bei der zunehmenden wirtschaftlichen Betätigung des Staates bedeutet diese Aenderung, daß Tausende von Stelleninhabern von Beamten zu Angestellten auf Privatdienstvertrag gemacht werden, d. h. ihre Anstellung ist der Unsicherheit politischer und wirtschaftlicher Schwankungen unterworfen. Die einstigen Versprechungen der Nazis an das Personal der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen werden gebrochen.

Beamter kann nur noch werden, wer deutschen oder artverwandten Blutes ist. Ein Beamter darf die Ehe nur mit einer Person deutschen oder artverwandten Blutes eingehen. Da die politischen Reichsminister keine Reichsbeamten sind, wird bei ihnen vermutlich eine Beibringung des Taufscheines der Großmutter nachträglich nicht verlangt werden.

Im § 1 des Gesetzes werden die Staatsbürger-Grundrechte des Beamten aufgehoben. Es heißt dort:

»Der deutsche Beamte steht zum Führer und zum Reich in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis (Beamtungsverhältnis).«

Er ist der Vollstrecker des Willens des von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei getragenen Staates.«

Im Artikel 130 der Weimarer Verfassung dagegen hieß es:

»Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei.«

Der Beamte ist heute auch außerdienstlich, z. B. bei Uebernahme von Nebenämtern, an die Zustimmung seines Vorgesetzten gebunden. Eine Ausnahme besteht nur bei Uebernahme von Partefunktionen. Die Zusage der lebenslänglichen Anstellung kann in einer Reihe von Fällen täglich aufgehoben werden, z. B. bei Verlust des Reichsbürgerrechts, längeren Freiheitsstrafen oder wegen Hoch- und Landesverrats. Ein Beamter, der glaubt, außer seinem Amt noch eine Meinung haben zu können, ist nie sicher, im Dritten Reich eines Tages solcher Schuld bezichtigt zu werden. Die Denunziation eines guten Freundes genügt, und die wohlwollen Beamtenrechte sind zum Teufel.

Die sozialen Dienstverhältnisse diktiert nur noch die Behörden. Sie bestimmen die Arbeitszeit, den Urlaub usw.

»Der Beamte ist zu unentgeltlicher Ueberstundenarbeit verpflichtet« (§ 18).

»Der Beamte kann Beschränkungen in der Wahl seiner Wohnung unterworfen werden« (§§ 19/19).

Jede Organisation zur Wahrnehmung der Beamteninteressen, jede betriebliche Beamtenschaft, jede betriebliche Beamtenschaft, jede betriebliche Beamtenschaft hat aufgehört. Der sog. »Reichsbund der deutschen Beamten« hat gleich der Deutschen Arbeitsfront lediglich die nationalsozialistische Propaganda zu erfüllen.

Mit völligem Stillschweigen wird in den lauten Kundgebungen zum neuen Beamtengesetz

übergangen, daß die entscheidenden Grundsätze der republikanischen Verfassung endgültig aufgehoben sind. Der erwähnte Art. 130 der Weimarer Verfassung proklamierte nicht nur die Freiheit der politischen Gesinnung. Er besagte auch ausdrücklich: »Allen Beamten wird die Freiheit ihrer politischen Gesinnung und die Vereinigungsfreiheit gewährleistet.«

Die Beamten erhalten nach näherer reichsgesetzlicher Bestimmung besondere Beamteneigenschaften.«

Damit war das in Art. 159 allen Deutschen zuerkannte Koalitionsrecht nochmals ausdrücklich auch den Beamten zugesichert worden.

Im neuen Gesetz ist an keiner Stelle von einer Organisation der Beamten auch nur noch die Rede. Der Reichsbund ist sogar bei der Zusammensetzung der Dienststrafgerichte absolut ausgeschaltet. Es gibt demnach im Dritten Reich für den Beamten auch nicht ein Minimum an Mitwirkung bei der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse, keinen noch so geringen Schutz gegen Vorgesetzten-Willkür. Die deutschen Beamten werden in ihrer gesellschaftlichen Stellung um ein Jahrhundert in die Periode des finstersten Fürstenabsolutismus zurückgeworfen.

Die Degradierung der Beamten zeigt sich nicht minder in der gleichzeitig verfügten neuen Reichsdienststrafordnung. Die vorgesezte Dienstbehörde allein entscheidet, ob wegen eines Dienstvergehens einzuschreiten ist.

»Sie hat dabei das gesamte dienstliche und außerdienstliche Verhalten zu berücksichtigen.«

Der Vorgesetzte befindet also willkürlich, ob der Beamte »die ihm obliegenden Pflichten verletzt hat«. Der § 22 fügt noch hinzu:

»Als Dienstvergehen gilt es auch, wenn ein Ruhestandsbeamter sich staatsfeindlich betätigt oder wenn er gegen § 8 (Verletzung der Amtsverschwiegenheit) ... verstößt.«

Wehe dem Pensionsempfänger, der auch nur über die herrschende Teuerung, das verschlechterte Brot oder den Lebensmittel-

mangel »flüstert«. Und was ist im Dritten Reich nicht schon alles »Verletzung der Amtsverschwiegenheit? Die Bekanntgabe der Namen von den aus der Kirche ausgetretenen Nazis ist schon als solche Verletzung bestraft worden. Auch bei den vorgesehenen Straftaten spielt die Entziehung der Pension eine maßgebliche Rolle.

Ein Angeschuldigter kann im Dienststrafverfahren weder verhaftet noch vorläufig festgenommen werden, aber, so erklärt ein Kommentar zu § 18:

»Hierdurch werden nur Verhaftungen usw., die im Dienststrafverfahren erfolgen, ausgeschlossen, aber nicht Maßnahmen, die zwar während des Laufes eines Dienststrafverfahrens, aber ohne unmittelbaren Zusammenhang mit diesem gegen den Beschuldigten verhängt werden, zum Beispiel Schutzhaft.«

Es hätte dieses Kommentars erst nicht bedurft, um festzustellen, daß die »Schutzhaft« im faschistischen Deutschland eine außerhalb jedes geordneten Rechtsverfahrens liegende Terroraktion darstellt, gegen die es weder für den Beamten noch für irgend-einen anderen deutschen Staatsbürger einen Rechtsschutz geben kann. Dem Deutschen im Dritten Reich ist nur noch eines sicher: die Rechtsunsicherheit.

Der Gang des Verfahrens und die Zusammensetzung der Dienststrafgerichte bestimmen nur die Befugnisse und Vorrechte der Dienstbehörden. Zur Kennzeichnung der Beamtenstraf-Exekution sei nur noch bemerkt, daß wohl der Richter und der Ankläger berechtigt sind, in die Personalakten des Angeklagten Einsicht zu nehmen. Dem beschuldigten Beamten und seinem Anwalt dagegen ist der Einblick in die Personalakten nicht erlaubt.

So wären denn nach vier Jahren Hitler-Diktatur auch die Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten erledigt. Aus dem freien Beamten ist der Parteikuli der Nazis geworden. Es war auch nichts anderes zu erwarten. Eine Diktatur, die das Menschenrecht mit Füßen tritt, kann kein Beamtenrecht gewähren.

„Unangebrachte Menschenfreundlichkeit“

Statt Sanatorien: Landarbeit — Der Reichsnährstand regiert die deutschen Aerzte.

In Deutschland mangelt es immer noch an landwirtschaftlichen Arbeitskräften, obgleich während der Erntezeit in den ländlichen Bezirken vom Pimpf bis zum Jubelreis alles auf den Aekern versammelt wird. »Die Landflucht hält an, stellen die Zeitungen fest und ergehen sich in Mutmaßungen, worauf das wohl zurückzuführen sei. Einige haben schon gewagt, die durchschnittlichen Landarbeiterwohnungen als »nicht ganz genügend« zu bezeichnen, andere machten gar Andeutungen über »manchmal nicht besonders gute Arbeitsbedingungen«. Aber erst jetzt — nachdem die Großgrundbesitzer heftig gegen derartige, fast bolschewistisch anmutende Unterstellungen protestiert hatten — ist der Reichsnährstand dahinter gekommen, woran es eigentlich liegt. — Die Aerzte, selbst die nationalsozialistischen Vertrauensärzte der nationalsozialistisch geleiteten Krankenkassen, haben kranken Arbeitern »in unangebrachter Menschenfreundlichkeit« (»Preußische Zeitung« Nr. 186) allzu bereitwillig die Untauglichkeit zum Landdienst bescheinigt. Hier also ist die Wurzel alles Uebels!

Die KVD (»Kassenärztliche Vereinigung Deutschlands«) hat »den Vorstellungen des Reichsnährstandes bereitwilligst stattgegeben« und hat augenblicks beschlossen, diesem Treiben einen Riegel vorzuschieben. Sie hat festgestellt:

»Die Landarbeit ist nicht nur für viele körperlich geschädigte oder krank gewesene Leute gesundheitsfördernd, es finden vielmehr solche nicht ganz vollwertigen Kräfte immer noch genügend Beschäftigungsmöglichkeiten in den landwirtschaftlichen Betrieben.«

Die Mitglieder der KVD wurden deshalb angewiesen, Untauglichkeitsbescheinigungen »nur noch in allerdringendsten Fällen auszustellen« — d. h. kurz vor dem Ende des zum Landdienst angeforderten Patienten. Aber nicht genug, damit:

Der landwirtschaftliche Betriebsführer, dem eine ärztliche Bescheinigung über Landarbeitsuntauglichkeit vorgelegt wird, kann, wenn er berechnete Zweifel an der Richtigkeit hat, den Fall sofort dem Ar-

beitsamt melden. Dieses kann ihn durch seinen Vertrauensarzt nachprüfen und gegebenenfalls erst dann die Untauglichkeit anerkennen lassen. Die den Anordnungen der KVD offensichtlich zuwiderhandelnden Kassenärzte können durch die Kreis- oder Landesbauernschaften der KVD namhaft gemacht, und von ihr zur Verantwortung gezogen werden.

Und welcher Arzt möchte sich dem aussetzen? Also: Herzkranke, antreten zum Korndreschen! Tuberkulose in den Kuhstall! Todeskandidaten auf den Kartoffelacker! Laßt sie in den elendesten Löchern hausen, die Kranken, eng zusammengepfercht wie das Vieh. Es geschieht für die »Gesundung des Volkes«. — Mit so brutaler Offenheit sind die Verschickungs-Methoden des Dritten Reiches selten zugegeben worden.

Wer erinnert sich nicht der Jahre 1917-1918, als sie bei der Heeresmusterung »alles nahmen« und jeden Krüppel k. v. schrieben? Jetzt schreibt man »KVD«. Es ist wieder große Zeit.

Es wird geklaut

Das Dritte Reich auf erfolgreicher Suche nach »Sachwerten«.

Nach verlässlichen Nachrichten aus dem Reich, die von den Berliner Korrespondenten ausländischer katholischer Blätter bestätigt werden, werden vom Reichsministerium des Innern jetzt umfangreiche Expropriationsgesetzentwürfe gegen den kirchlich-klosterlichen Besitz in Deutschland vorbereitet. Dem Namen nach sollen alle die Klöster, in denen die Nazibüffel Sexualverbrecher »festgestellt« und vor ihre Justiz gebracht haben, unter Aufsicht und Verantwortung der Partei »geschlossen« werden. Drei große Klöster allein am Mittelrhein mit umfangreichem Immobilienbesitz, aber auch andere Klöster und Klostergüter im Rheinland und in Hessen sind für die Prozedur bereits unmittelbar ins Auge gefaßt. Was »Schließung« unter solchen Umständen heißt, kann draußen höchstens einem Manne von der Taubeneinfalt Lansburys entgehen. Mit weniger Formalität und Gesetzeskriminalakras haben die Katholiken ja zum Beispiel vor Jahren auch schon alle ihre Jugendheime an die Nazis verloren: Man behauptete, daß sich in ihnen wüste Dinge zwischen Kaplan und Schutzbefohlenen abge-

spielt hätten und der betreffende Ortsgruppenleiter der herrschenden Partei »griff« dann zu, d. h. er besetzte das Heim durch SA und acht Tage darauf war die fette Beute schon für immer und »rechtsgültig« eingesackt. Was damals lokal und »spontan« geschah, macht heute ein Frick-»Gesetz« nur für ganz Harmlose weniger kriminologisch! Kleptomanie in der oder jener Form vom Dritten Reich getätigt, gehört zur Hitlerlei, wie zur Katze das Mäusen.

Auf der Suche nach soliden Sachwerten für die eigene Tasche bietet sich aber jetzt neben dem kirchlichen Besitz noch eine andere, höchst ergiebige Möglichkeit für die braunen Enteigner. Das System propagiert als Opferiat, die man der Volksgemeinschaft schulde, daß der regierenden Partei ohne Verzug sämtliche bisherigen studentischen Verbindungshäuser »geschenkweise« überlassen werden. Auch das dürfte eine fette Vermögenstransaktion werden, weil jede Universität solche Immobilien in bester Verfassung und Lage in mancher Dutzendziffer aufzuweisen hat. So ist zum Beispiel mit dem Corps-Haus der vornehmen Verbindung Marcomannia-Bonn bereits eine solche Schenkungszeremonie an die Partei vonstatten gegangen, wie die deutschen Zeitungen dieser Tage berichteten. Und der »beschenkte« Kreisleiter hat die pickfeine Villa ausdrücklich unter dem Vermerk feierlich ausgenommen, daß das nur ein Anfang sei und der Nachahmung ganz dringlich empfohlen werden müsse... Die Freiwilligkeit der Aktion ist hier sicherlich noch bedeutend ausgeprägter als beim Lohnabzug für die Arbeiter oder bei der »Spende« zur Straßensammlung: Bolschewismus oder auch gemeines Brigantentum, das sich wirklich lohnt!

Die neue Zeitrechnung

Im BdM-Führerinnenlager Tenkitten (Ostpreußen) hielt der Gauleiter Koch den jungen Mädchen eine belehrende Rede. Er sagte (lt. »Preußische Zeitung« Nr. 184) u. a.:

Die BdM-Führerinnen im Zeltlager fordern gewissermaßen zu einem Vergleich und einer Gegenüberstellung mit der Gouvernante aus dem Jahre 1913 heraus. Die beiden Typen zeigen, welche ungeheure Entwicklung Deutschland und nicht zuletzt Deutschlands Jugend seit dem Jahre 1933 durchgemacht haben.

Es gab zwischen 1913 und 1933 nichts, keinen Hohen Meißner und keine sozialistische Jugendbewegung — sogar den Reifrock ab- und den Badeanzug angeschafft zu haben ist, genau betrachtet, Hitlers Verdienst, während alles, was seit 1933 schlecht und falsch gemacht wurde, in die Zeit vor Hitler fällt. Wenn die 1000 Jahre um sind, werden die letzten Nationalsozialisten behaupten, Hitler habe von 1918 bis 1933 regiert — denn in dieser Zeit war Deutschland noch sauber.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 139.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia. Kontrollpostamt: Poštovní úřad Kariyov Vary 3. — Aufgabepostamt Karlsbad 3.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.003. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.